

Diehl, Markus

**Working Paper — Digitized Version**

## Systemtransformation in Vietnam: Liberalisierungserfolge - Stabilisierungsprobleme

Kiel Working Paper, No. 557

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Diehl, Markus (1993) : Systemtransformation in Vietnam: Liberalisierungserfolge  
- Stabilisierungsprobleme, Kiel Working Paper, No. 557, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/47187>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

---

**Kieler Arbeitspapier Nr. 557**

Systemtransformation in Vietnam:

Liberalisierungserfolge - Stabilisierungsprobleme

von

Markus Diehl

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

The Kiel Institute of World Economics

ISSN 0342 - 0787

Institut für Weltwirtschaft  
Düsternbrooker Weg 120, 2300 Kiel

**Kieler Arbeitspapier Nr. 557**

Systemtransformation in Vietnam:

Liberalisierungserfolge - Stabilisierungsprobleme

von

Markus Diehl

AG 1140 / 93  
Weltwirtschaft  
Kiel

Februar 1993

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere ist der jeweilige Autor allein verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihm abzustimmen.

**Systemtransformation in Vietnam:  
Liberalisierungserfolge - Stabilisierungsprobleme\***

1. Einleitung
2. Grundstruktur der Volkswirtschaft
3. Erste Reformansätze 1979-82
4. Währungsreform 1985
5. Umfassende Liberalisierung ab 1987
  - 5.1 *Reformprogramm*
  - 5.2 *Schaffung marktwirtschaftlicher Institutionen*
  - 5.3 *Makroökonomische Stabilisierung*
  - 5.4 *Mikroökonomische Anreizstruktur*
    - 5.4.1 *Freigabe der Preisbildung*
    - 5.4.2 *Außenwirtschaftliche Öffnung*
    - 5.4.3 *Finanzmarktreform*
    - 5.4.4 *Steuersystem*
    - 5.4.5 *Privatisierung der Staatsunternehmen*
  - 5.5 *Raumwirtschaftliche Aspekte*
6. Systemtransformation in Vietnam: Der empirische Befund
7. Anforderungen an die zukünftige Reformpolitik

**Statistischer Anhang**

**Literaturverzeichnis**

\*Die vorliegende Arbeit wurde im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts angefertigt. Für hilfreiche Anregungen dankt der Verfasser Ulrich Hiemenz und Erich Gundlach.

## 1. Einleitung

Im Schatten des spektakulären Wandels ehemals sozialistischer Wirtschaftssysteme zu Marktwirtschaften, wie er sich derzeit in Osteuropa oder auch in China vollzieht, findet von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet in Vietnam eine ähnlich radikale Systemtransformation statt. Die im Lande herrschende Kommunistische Partei versucht, ähnlich wie in China, die politische Einparteienherrschaft mit einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem zu verbinden. Ziel dieses Beitrags ist es, die bisherigen Reformschritte aufzuzeigen, ihre Wirkungen zu analysieren und die verbleibenden Anforderungen an die Reformpolitik herauszuarbeiten. Dabei sind die ökonomischen Besonderheiten von Vietnam Ausgangspunkt der Untersuchungen.

Mit fast 70 Millionen Einwohnern ist Vietnam heute eines der bevölkerungsreichsten Länder Südostasiens, mit einem Pro-Kopf Einkommen von etwa 200 US-\$ aber auch eines der ärmsten. Der größte Teil der Bevölkerung lebt in den Niederungen der beiden großen Flüsse (Mekong im Süden, Roter Fluß im Norden), die auch die wichtigsten landwirtschaftlichen Anbauflächen darstellen. Die Bevölkerungsdichte liegt im Landesdurchschnitt bei 200 Einwohnern je qkm, ist im Delta des Roten Flusses jedoch fünfmal so hoch. Das Bevölkerungswachstum von über 2 vH pro Jahr liegt etwa im Durchschnitt von Südostasien, aber deutlich über dem Wert für China.

Nach dem Ende des 2. Indochinakrieges 1975 standen sich zwei Teilstaaten gegenüber, die mehr als zwanzig Jahre eine höchst unterschiedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen hatten.<sup>1</sup> Nordvietnam hatte die Landwirtschaft bis Anfang der sechziger Jahre nach chinesischem Vorbild vollständig kollektiviert und ein System der Zentralplanungswirtschaft errichtet. Mit der finanziellen Hilfe von China und der Sowjetunion wurde außerdem der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie begonnen. Demgegenüber wurde nach der Trennung (1954) in Südvietnam die marktwirtschaftliche Ordnung beibehalten und eine partielle Landreform durchgeführt. Die finanzielle Unterstützung durch die USA wurde hauptsächlich für Konsumgüterimporte und den Aufbau einer eigenen Leichtindustrie eingesetzt (Wiegersma, 1988). Nach der Vereinigung der beiden Teilstaaten 1976 zur Sozialistischen Republik Vietnam wurde die "sozialistische Umgestaltung" von Landwirtschaft und Handel im Süden begonnen. Außerdem wurde zur Entlastung der Ballungsgebiete und zur Gewinnung neuer Anbauflächen die Umsiedlung

---

<sup>1</sup> Zur wirtschaftlichen Entwicklung Vietnams bis Mitte der siebziger Jahre vgl. Beresford (1989), Fforde/Paine (1987).

von 3-4 Millionen Menschen<sup>2</sup> in "Neue Wirtschaftszonen" im Süden und Südosten beschlossen (Will, 1987).

Aufgrund der spürbaren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation begannen ab 1980 erste Schritte zur Dezentralisierung des Wirtschaftssystems. Allerdings wurde das Prinzip der Zentralplanung nicht grundlegend in Frage gestellt, vielmehr wurden die ersten Reformansätze immer wieder durch ideologische Vorbehalte gebremst. Erst nach der fehlgeschlagenen Preis- und Währungsreform (1985) und dem Generationswechsel in der politischen Führung Vietnams (1986) wurde ein umfassendes Liberalisierungsprogramm eingeleitet. Dabei ist die makroökonomische Stabilisierung lange Zeit ignoriert worden, so daß trotz beachtlicher Erfolge auch heute noch große Risiken für den Abschluß des Transformationsprozesses existieren.

Im folgenden wird zunächst die Grundstruktur der vietnamesischen Volkswirtschaft dargestellt. Danach werden die wesentlichen Reformmaßnahmen und deren Auswirkungen in drei Zeitabschnitten analysiert. Abschließend wird auf einige raumwirtschaftliche Aspekte der Systemtransformationen eingegangen, bevor im letzten Abschnitt der Stand der Reformanstrengungen resümiert wird.

## 2. Grundstruktur der Volkswirtschaft

Makroökonomische Daten lassen sich für Vietnam nur aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem System der "Materiellen Produktion",<sup>3</sup> das mit dem in nichtsozialistischen Industrie- und Entwicklungsländern verwendeten Konzept nur bedingt vergleichbar ist. Erste Versuche, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Vietnams in die in westlichen Ländern üblichen Kategorien umzurechnen, kamen zu dem ernüchternden Fazit: "perhaps all that can be said is that the 1989 GDP per capita lies between US-\$ 100 and US-\$ 200"<sup>4</sup>.

<sup>2</sup> Nach offiziellen Angaben sind 1975-89 insgesamt 3,5 Millionen Vietnamesen umgesiedelt worden (Kim Ninh, 1990, S. 390).

<sup>3</sup> Dieses Konzept ist detailliert beschrieben in UN Statistical Office (1971). Als gesamtwirtschaftliches Bruttoprodukt wird nur der Wert der Produktion in der "produktiven Sphäre" (Landwirtschaft, Industrie inkl. Bergbau und Bauwirtschaft, Transport, Kommunikation und Handel) erfaßt. Die übrigen Dienstleistungen, also Staat, Gesundheitswesen, Bildung und Sozialversicherung, aber auch Wohnungswirtschaft sowie Banken und Versicherungen, werden nicht miteinbezogen. Nach Abziehen der "materiellen Inputs", also der Vorleistungen aus der produktiven Sphäre und der Abschreibungen, erhält man das sogenannte Nationaleinkommen, das also etwa unserem Nettoinlandsprodukt entspricht. Um eine dem Bruttoinlandsprodukt vergleichbare Größe zu erhalten, müßten die Einkommen aus der "nichtproduktiven Sphäre" und die volkswirtschaftlichen Abschreibungen (soweit sie tatsächlich vom gesamtwirtschaftlichen Bruttoprodukt abgezogen wurden) hinzugefügt werden. In einer Studie des UN Development Programme wird für Vietnam ein Zuschlag von 15 vH bzw. 5 vH auf das Nationaleinkommen vorgeschlagen (SPC/UNDP, 1990, S. 31ff.).

<sup>4</sup> SPC/UNDP (1990), p. 32; weitere Schätzungen werden von Kimura (1986) präsentiert.

Betrachtet man die veröffentlichten *realen Wachstumsraten*<sup>5</sup> (Nationaleinkommen in Preisen von 1982), so lassen sich drei Phasen unterscheiden, in denen sich das Pro-Kopf Einkommen unterschiedlich entwickelt hat (Tabelle 1): in den ersten Jahren nach der Vereinigung (1976-81) verringerte sich das Pro-Kopf Einkommen jährlich um etwa 1,5 vH, danach (1982-86) folgte eine Phase relativ kräftigen Wachstums um durchschnittlich 5,3 vH pro Jahr, ab 1987 jedoch nur noch um durchschnittlich 0,6 vH pro Jahr. Für die schlechten Ergebnisse der ersten Nachkriegsjahre ist neben den Kriegsfolgen und klimabedingter Mißernten, die ohne die erhaltenen Nahrungsmittelspenden zu landesweiten Versorgungsengpässen geführt hätten, wohl vor allem die erzwungene Kollektivierung im ehemaligen Süden verantwortlich. Die Trendwende Anfang der achtziger Jahre war die Folge der ersten Liberalisierungsmaßnahmen und der umfangreichen Auslandshilfe aus den RGW-Staaten in Form von kreditfinanzierten Rohstoff- und Ausrüstungslieferungen. Die Folgen der mißglückten Preis- und Währungsreform von 1985 sowie die Vernachlässigung der Investitionen hat dann Ende der achtziger Jahre zur Stagnation im Industriesektor geführt, wohingegen der Agrarsektor zunächst noch weiter expandieren konnte.

Tabelle 1 - Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens

Zeitraum	Nationaleinkommen <sup>a</sup>	Bevölkerung <sup>a</sup>	Pro-Kopf Einkommen <sup>a</sup>
1976-81	0.8	2.2	-1.5
1982-86	7.3	1.9	5.3
1987-91	3.0	2.5	0.6

<sup>a</sup> Jährliche Veränderungsrate (in vH).

Quelle: Tabellen A1 und A2.

Bei den Angaben über die volkswirtschaftlichen *Investitionen* Vietnams ("Akkumulationsfonds") kommt neben der bereits erwähnten Unterschätzung des privaten

<sup>5</sup> Neben den methodischen Unterschieden ist zu vermuten, daß die Produktion der "produktiven Sphäre" statistisch nicht vollständig erfaßt wird. Die wirtschaftlichen Aktivitäten des Privatsektors und die Produktion von Staatsunternehmen außerhalb der Planvorgaben werden wahrscheinlich nur zu einem geringen Teil im ausgewiesenen Nationaleinkommen berücksichtigt. In der UNDP-Studie wird für diesen Zweck ein Aufschlag von 60 vH auf die veröffentlichten Zahlen des Nationaleinkommens vorgeschlagen (ebda., S. 32). In den Schätzungen der Weltbank (1991) wird dagegen insgesamt für Abschreibungen, Dienstleistungssektor und sonstige "unreported economic activities" nur ein Aufschlag von 40 vH verwendet. Insbesondere in den Jahren ökonomischer Liberalisierung, in denen sich der Privatsektor stark entfalten konnte, sind Niveau und Veränderungsraten des Nationaleinkommens also zu gering ausgewiesen.

Sektors<sup>6</sup> hinzu, daß vermutlich nur Nettoinvestitionen ausgewiesen werden. Deshalb sollen im folgenden nur die staatlichen Investitionsausgaben betrachtet werden, weil in diesen Zahlen wahrscheinlich die gesamten Bruttoinvestitionen der öffentlichen Unternehmen und der "nicht-produktiven Sphäre" erfaßt sind (Tabelle A7). Im Zeitraum 1977-86 machten die jährlichen staatlichen Investitionen mit wenigen Ausnahmen etwa 13 vH des Nationaleinkommens aus. Ab 1987 fiel diese Kennzahl dagegen auf 9-10 vH, was auch durch die seit 1986 zulässige teilweise Gewinneinbehaltung der Staatsunternehmen bedingt ist (ADB, 1989). Erst wenn man für den Privatsektor Investitionen in gleicher Höhe annehmen könnte, würde die Investitionsquote das Niveau von China oder asiatischer Schwellenländer erreichen. Außerdem fällt auf, daß der Umfang der staatlichen Investitionsausgaben in den achtziger Jahren ungefähr dem Leistungsbilanzdefizit entspricht, was umgekehrt bedeutet, daß die inländische Sparquote niedrig ist. Da die Ersparnis der öffentlichen Haushalte (Einnahmen abzüglich konsumptiver Ausgaben) in Vietnam nahe Null ist, entspricht die private Ersparnis also den privaten Investitionen, d.h. etwa 5 vH des Nationaleinkommens (vgl. Fußnote 6).

Seit 1979 wurden über 40 vH der staatlichen Investitionsausgaben dem Industriesektor zugewiesen, was auf die großen Projekte der achtziger Jahre im Energiesektor und in der Schwerindustrie zurückzuführen ist. Auf den Agrarsektor entfielen knapp 20 vH, größtenteils für Bewässerungssysteme, und auf den Transportsektor ca. 15 vH. Die restlichen 25 vH verteilten sich auf den übrigen Dienstleistungssektor, also vor allem Wohnungswirtschaft, Bildung und Gesundheitswesen.

Aufgrund der getrennten Entwicklung der beiden Landesteile hat die vietnamesische Volkswirtschaft trotz der zentralen Wirtschaftsplanung insgesamt den Charakter einer "mixed economy". Dies liegt sowohl an den Spielräumen für private Landwirtschaft, den die zentrale Planung stets gelassen hat, als auch an dem selbst nach der Wiedervereinigung großen Anteil von Privatunternehmen in Handel und Industrie im Süden. Mitte der achtziger Jahre wurde weniger als ein Drittel des Nationaleinkommens im Staatssektor erwirtschaftet. Die übrigen 70 vH teilten sich zwischen Kollektivbetrieben und Privatunternehmen im engeren Sinn auf. Kollektive finden sich vor allem in der Landwirtschaft (aber auch im Handwerk), und machen dort etwa drei Viertel der Produktion aus. Nach dieser groben Schätzung kann man davon ausgehen, daß zu

---

<sup>6</sup> Private Investitionen machen derzeit schätzungsweise ein Drittel der gesamten Investitionen aus (ADB, 1992), was etwa 5 vH des Nationaleinkommens entspricht.

Beginn der Reformen etwa 70 vH der Produktion unmittelbar staatlich kontrolliert worden ist.<sup>7</sup>

Der mit Abstand bedeutendste Sektor ist der *Agrarsektor*, der etwa 70 vH der Erwerbstätigen Vietnams beschäftigt und knapp 50 vH des Nationaleinkommens erwirtschaftet (Tabellen A1 und A2). Das wichtigste Erzeugnis ist wie überall in Südostasien Reis, der meistens im Bewässerungsfeldbau in Flußniederungen produziert wird. Traditionell hat der nördliche Landesteil ein Reisdefizit, das seit einigen Jahren vom Süden ausgeglichen werden kann (Tabelle A3). Cassava, Mais und Süßkartoffeln spielen nur in den Bergregionen als Grundnahrungsmittel eine besondere Rolle. Daneben werden noch viele andere tropische Produkte angebaut, wie z.B. Zuckerrohr, Sojabohnen, Kokosnüsse, Kaffee und Kautschuk. Reisfelder, die den größten Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen, wurden vor allem von Kooperativen bewirtschaftet, während die etwa 400 Staatsfarmen auf Dauerkulturen und Viehzucht spezialisiert waren. Die private Landwirtschaft, spielt dagegen eine wichtige Rolle bei Obst- und Gemüseanbau sowie Geflügelzucht.

Der *Industriesektor* beschäftigt etwa 10 vH der Erwerbstätigen und erwirtschaftet knapp 30 vH des Nationaleinkommens. Obwohl sich unter den Staatsunternehmen auch zahlreiche kleine Betriebe<sup>8</sup> befinden, vor allem unter lokaler Verwaltung, sind die Staatsunternehmen deutlich größer und kapitalintensiver als die übrigen Unternehmensformen. In nichtstaatlichen Betrieben sind etwa 70 vH der Industriearbeiter beschäftigt, die aber nur etwa 40 vH der Industrieproduktion erzeugen. Zur Beurteilung der Industriestruktur liegen keine Wertschöpfungsanteile, sondern nur Anteile am Bruttoproduktionswert vor. Mit wenigen Ausnahmen erzeugen Staatsunternehmen in allen Branchen etwas mehr als die Hälfte der Industrieprodukte,<sup>9</sup> überdurchschnittlich viel in manchen Grundstoffindustrien (Eisen, Strom, Zement, Chemie). Nur im Bereich Metallverarbeitung (außer Maschinenbau) und Holzverarbeitung haben nichtstaatliche Unternehmen, also Handwerkskooperativen und Privatbetriebe, den größeren Anteil. Konsumgüterindustrien ("Gruppe B") hatten außer unmittelbar nach der "Sozialistischen Transformation" im Süden (1978) stets einen Anteil von mehr als zwei Dritteln an der Industrieproduktion (Tabelle A4). Darunter befinden sich vor allem die Nahrungsmit-

<sup>7</sup> Seit 1986 wird der Beitrag des Privatsektors zum Nationaleinkommen nicht mehr gesondert ausgewiesen. 1985 wurde von Kollektivbetrieben 41 vH und vom Privatsektor 31 vH des Nationaleinkommens erwirtschaftet (General Statistical Office, 1991, Tab. 6).

<sup>8</sup> In etwa 2200 der 3100 Staatsunternehmen (1988) im Industriesektor sind weniger als 200 Arbeiter beschäftigt (General Statistical Office, 1992).

<sup>9</sup> Vgl. Tran Hoang Kim (1992), Tab. 47-50, und General Statistical Office (1992), Tab. 16. und 18. Staatsbetriebe existieren aber auch in anderen Wirtschaftszweigen, vor allem im Bausektor und im Handel.

telverarbeitung, die Textilindustrie und die Holzverarbeitung. Diese arbeitsintensiven Branchen wiesen auch in der Vergangenheit die höchsten Wachstumsraten der vietnamesischen Industrie auf. Demgegenüber hatten die Grundstoffindustrien (Energie, Zement, Düngemittel) und der Maschinenbau in einigen Jahren Produktionsrückgänge zu verzeichnen, obwohl sie bei den staatlichen Investitionsausgaben immer überdurchschnittlich bedacht wurden. Mehr als zwei Drittel der staatlichen Investitionsausgaben im Industriesektor wurde nämlich in diesen Branchen der Schwerindustrie ("Gruppe A") getätigt, vor allem für Elektrizitätserzeugung. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß die Investitionen der Kooperativen nur zum Teil und die der Privatbetriebe gar nicht aus dem Staatsbudget finanziert werden (Beresford, 1992).

Die übrigen 20 vH der Erwerbsbevölkerung sind in Bauwirtschaft und *Dienstleistungsbranchen* beschäftigt.<sup>10</sup> Vor allem im Bereich Ausbildung und Bauwirtschaft sind Staatsangestellte zu finden, während Handel und sonstige Dienstleistungen zu einem großen Teil von Privatunternehmen erbracht werden. Der *Transportsektor* ist zur Zeit wahrscheinlich einer der wichtigsten Engpässe für die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams, nicht zuletzt wegen der bestehenden regionalen Spezialisierung der Produktionsstruktur. Rohstoffe und Betriebe der Schwerindustrie sind im nördlichen Landesteil konzentriert, die Konsumgüterindustrie dagegen im Süden (UNIDO, 1991). Außerdem ist das Land auf einen funktionierenden Nahrungsmittelhandel von Süd nach Nord angewiesen. Neben den geographischen Besonderheiten Vietnams (2000 km Nord-Süd-Ausdehnung, ungünstige Topographie im zentralen Hochland) sind für die Probleme des Transportsektors vor allem der Mangel an Treibstoff und Ersatzteilen für die Fahrzeuge aus der Sowjetunion verantwortlich. In den Städten dominiert daher der Transport mit Fahrrad-Rikschas und Mopeds. Beim Eisenbahnnetz sind die Schäden aus dem Indochinakrieg immer noch nicht behoben, was vor allem auf der Nord-Süd-Verbindungsstrecke zu Engpässen führt. Außerdem sind die Möglichkeiten für eine Ausdehnung des Außenhandelsvolumens vor allem durch die beschränkten Abfertigungskapazitäten der Seehäfen begrenzt.

Vietnam besitzt einige wertvolle *Bodenschätze*, vor allem Kohle (hauptsächlich Anthrazit) und Phosphate im Norden, die auch schon seit langem ausgebeutet werden, sowie Erdöl. Kohle ist eine wichtige Komponente der inländischen Energieerzeugung, etwa 15-20 vH der Produktion wird außerdem exportiert. Die verschiedenen Phosphate werden in der Düngerproduktion eingesetzt, Stickstoffdünger müssen nach wie vor jedoch in großem

---

<sup>10</sup> Dieser im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern niedrige Anteil legt die Vermutung nahe, daß Dienstleistungen auch von Betrieben im Agrar- und Industriesektor erbracht werden.

Umfang importiert werden. Darüber hinaus sind Lagerstätten einiger metallischer Rohstoffe bekannt (Zink, Chrom, Wolfram, Ilmenit, Eisenerz), die aber bisher noch keine größere wirtschaftliche Bedeutung erlangt haben (UN-ESCAP, 1990 und US Bureau of Mines, 1989). Mitte der siebziger Jahre sind zum ersten Mal Ölvorkommen vor der Südküste Vietnams gefunden worden. Die 1987 begonnene Förderung (1991: 3,9 Mio.t.) stammt aus einem Joint Venture mit der Sowjetunion und wird derzeit noch vollständig exportiert. Seit 1988 sind neue Bohrlizenzen vor der Süd- und Ostküste an westliche Unternehmen (u.a. Shell, BP) vergeben worden, die bei Erfolg eine vietnamesische Beteiligung bei der Produktion vorsehen (Hoggard, 1992).

Der Pro-Kopf Energieverbrauch Vietnams liegt mit 250-300 kg SKE pro Jahr deutlich unter dem Niveau der Nachbarländer.<sup>11</sup> Etwa die Hälfte davon wird noch mit traditionellen Brennstoffen wie z.B. Feuerholz (vor allem in den ländlichen Regionen) gedeckt. Während die eingesetzte Kohle aus heimischer Förderung stammt, mußten flüssige Brennstoffe bisher noch vollständig importiert werden. Im Süden ist jedoch eine Raffinerie geplant, die einen großen Teil der derzeitigen Rohölförderung verarbeiten soll. Die Kapazitäten zur Stromerzeugung sind seit Mitte der achtziger Jahre etwa verdoppelt worden, im wesentlichen durch die Fertigstellung neuer Wasserkraftwerke. Derzeit sind etwa 3300 MW installiert, für die nächsten Jahre ist eine weitere Steigerung geplant. Außerdem ist der Bau einer Hochspannungsleitung von Nord nach Süd geplant, um den Elektrizitätsengpaß im südlichen Landesteil zu verringern (Wiesegart, 1992).

Bis 1988 war der *Außenhandel* Vietnams durch dauerhafte Handelsbilanzdefizite gegenüber RGW-Ländern gekennzeichnet (Tabelle A5), die durch die Sowjetunion finanziert wurden. Diese politisch motivierte Abhängigkeit Vietnams wurde nicht zuletzt durch das US-Handelsembargo verstärkt, dem sich bis vor kurzem die ASEAN-Staaten angeschlossen hatten. Wegen der Schwierigkeit einer BSP-Schätzung für Vietnam und der verzerrten Wechselkurse von Dong und Transferrubel ist die Berechnung von Handelsintensitäten mit erheblichen Problemen behaftet. Bei einem Pro-Kopf-Sozialprodukt von 150 (1980) bzw. 200 (1990) US-\$ und einer Bewertung des Transferrubels mit dem offiziellen Wechselkurs<sup>12</sup> ergeben sich die in Tabelle 2 aufgeführten Größenordnungen. Während das Defizit mit den RGW-Ländern also relativ konstant bei etwa 10 vH des Nationaleinkommens lag, ist der Handel in konvertiblen Währungen bis auf die siebziger Jahre, in denen noch deutlich mehr Entwicklungshilfe-

---

<sup>11</sup> In China wird pro Kopf etwa das Dreifache verbraucht (UN, 1990).

<sup>12</sup> Wenn man mit den Angaben für das Leistungsbilanzdefizit aus der vietnamesischen Statistik ("National income from foreign countries") arbeitet, so ergeben sich Kennzahlen derselben Größenordnung.

Tabelle 2 - Die Struktur des vietnamesischen Außenhandels<sup>a</sup>

Zeitraum	Importe		Exporte		Handelsbilanz <sup>b</sup>
	RGW	Sonstige	RGW	Sonstige	
1976-80	12	8	4	1	15
1981-85	16	4	5	2	13
1986-88	23	5	7	3	18
1989	21	7	9	10	9
1990	14	12	14	10	2
1991 <sup>c</sup>	3	15	4	14	0

<sup>a</sup> In vH des Nationaleinkommens. - <sup>b</sup> Defizit. - <sup>c</sup> Vorläufige Angaben.

Quelle: Tran Hoang Kim (1992); eigene Berechnungen.

gelder nach Vietnam flossen (Tabelle A12) nahezu ausgeglichen. Insgesamt war die Intensität des Außenhandels bisher relativ gering.

Die vietnamesischen Importe bestehen zu etwa der Hälfte aus Grundstoffen (v.a. Benzin, Kunstdünger, Metalle) und zu etwa einem Drittel aus Maschinen und Fahrzeugen. Getreideimporte waren nur in den siebziger Jahren nennenswert. Bis 1989 stammten etwa drei Viertel der gesamten Importe<sup>13</sup> aus RGW-Ländern, größtenteils aus dem asiatischen Teil der Sowjetunion. Die Importe in konvertiblen Währungen stammten vor allem aus Japan, in zunehmendem Ausmaß aber auch aus anderen asiatischen Ländern (Singapur, Hongkong) und Frankreich. Auf der Exportseite dominieren Agrarprodukte (Kaffee, Kautschuk, Erdnüsse, seit 1989 vor allem Reis) und Meeresfrüchte mit zusammen mehr als der Hälfte der Exporteinnahmen. An zweiter Stelle folgen Konsumgüter wie Textilien, Schuhe und Holzprodukte. Mittlerweile haben auch Grundstoffexporte (Kohle und Metalle, seit 1989 vor allem Rohöl), die lange Zeit nur 5-10 vH der Exporterlöse beisteuerten, an Bedeutung gewonnen. Bis 1990 gingen etwa zwei Drittel der gesamten Exporte in RGW-Länder und ein Drittel in asiatische Länder. Die Verdreifachung der Exporte seit 1988 kam dagegen hauptsächlich durch Steigerung der Exporte in asiatische Länder zustande, aber auch die Lieferungen in RGW-Länder haben (zumindest bis 1990) deutlich zugenommen.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Umrechnung von Transferrubel in US-\$ zum offiziellen Kurs der Sowjetunion (aus: UN Monthly Bulletin of Statistics).

<sup>14</sup> Vermutlich wegen der Forderungen der Sowjetunion nach einer Verringerung des Importüberschusses (Fritsche, 1991).

Bis zur Einleitung einer grundlegenden Reform der Staatsfinanzen (ab 1988) waren die *öffentlichen Haushalte* vollständig auf die Anforderungen einer Zentralplanungswirtschaft zugeschnitten. Der größte Teil der Einnahmen (mehr als zwei Drittel) bestand aus den Abführungen der Staatsunternehmen (Tabelle A6), obwohl nur etwa 30 vH des Nationaleinkommens im Staatssektor erwirtschaftet wurde. Die Besteuerung des Agrarsektors wurde allerdings zum größten Teil durch eine Reisablieferungspflicht zu staatlich festgesetzten, niedrigen Erzeugerpreisen realisiert. Analog dominierten auf der Ausgabenseite direkte Zuweisungen von Investitionsmitteln, Verlustübernahmen für Staatsunternehmen sowie Subventionszahlungen. Bis 1991 entstand in jedem Jahr ein Haushaltsdefizit in Höhe von knapp 10 vH des Nationaleinkommens, das zu mehr als der Hälfte mit Zentralbankkrediten finanziert wurde.

Vor 1988 bestand der vietnamesische *Bankensektor* im wesentlichen aus 3 staatlichen Banken: der Staatsbank, die sowohl Währungsbehörde als auch größter Kreditgeber für Unternehmen war, der Außenhandelsbank und einer Bank für Investitionsfinanzierung. Die Kreditvergabe der Staatsbanken orientierte sich nicht an Rentabilitäts- und Risikokriterien, sondern hatte vor allem den Staatsunternehmen die gewünschten Kredite zu staatlich fixierten Zinssätzen zu gewähren. Aufgrund der ebenfalls umfangreichen Kreditgewährung an den Staatshaushalt, aus dem wiederum ein großer Teil der Unternehmenskredite zugeteilt wurde, ist eine sinnvolle Abgrenzung von Staatshaushalt und Bankensektor nicht möglich. Auch die Ausgliederung aller Unternehmenskredite der Staatsbank an neu gegründete Spezialbanken (1988) und der Erlaß eines Zentralbankgesetzes (1990) hat daran noch nichts geändert. Weiterhin ist die Kreditvergabe an den Staatshaushalt eine der festgelegten Aufgaben der Staatsbank, wobei allerdings die Nationalversammlung (das vietnamesische Parlament) eine Obergrenze für die maximal erlaubten insgesamt ausstehenden Kredite festlegen kann (Artikel 32 des Staatsbankgesetzes; in: SR Vietnam, 1991).

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern mit ähnlichen Pro-Kopf Einkommen gelten *Ausbildungs- und Gesundheitswesen* Vietnams als gut entwickelt.<sup>15</sup> Für 1990 wird die Analphabetenrate auf 12,4 vH geschätzt, die Lebenserwartung auf 67 Jahre und die Kindersterblichkeit in den ersten fünf Lebensjahren auf 5,3 vH (World Bank, 1990). Ob dieser hohe Standard auch weiterhin gehalten werden kann, hängt vor allem von der noch

---

<sup>15</sup> Neben den allgemeinbildenden Schulen, die in der Primärstufe von ca. 90 vH aller Kinder der entsprechenden Altersklasse besucht werden, existieren auch noch eine Reihe von Hochschulen, die zu einem großen Teil der Lehrerbildung dienen, und berufsbezogene Fachschulen. Es wird gegenwärtig jedoch beklagt, daß Russisch häufig noch die einzige unterrichtete Fremdsprache ist und daß in der Berufsausbildung Gewerbebezweige wie Handel, Banken und andere Dienstleistungen vernachlässigt werden (Jordan, 1992). Bei den Vietnamesen, die in der DDR oder der Sowjetunion eine Berufsausbildung erhalten haben, dürfte diese Einseitigkeit noch ausgeprägter sein.

ausstehenden Reform der öffentlichen Finanzen ab. Dabei spielt die Funktionsfähigkeit des regionalen Finanzausgleichs eine besondere Rolle, da die meisten Lehrer aus kommunalen Haushalten (oder von Betrieben) bezahlt werden. Der Erhebung von Gebühren für die bisher kostenlose Nutzung öffentlicher Einrichtungen, wie sie vor kurzem in Teilbereichen eingeführt wurde, kommt dagegen zunächst nur geringe Bedeutung zu.

### **3. Erste Reformansätze 1979-82**

Ende der siebziger Jahre war die wirtschaftliche Lage Vietnams an einem Tiefpunkt angelangt. Neben den Folgen von fast 30 Jahren kriegerischer Auseinandersetzungen, durch die im Norden wichtige Industrieanlagen zerstört und im Süden eine starke Landflucht verursacht worden waren, war dafür auch vor allem das sozialistische Wirtschaftssystem verantwortlich. Durch den Fünfjahresplan 1976-80 war dem Süden zum ersten Mal das System der zentralen Wirtschaftsplanung des Nordens übergestülpt worden. Außerdem wurde sofort mit der Verstaatlichung der Privatbetriebe und der Kollektivierung des Agrarsektors begonnen (Will, 1987).

Schon seit Ende der sechziger Jahre mußte insgesamt mehr als 10 vH des Nahrungsmittelbedarfs importiert werden (Fforde/Paine, 1987; Wiegersma, 1988). In den beiden Jahren 1977 und 1978 sank die Nahrungsmittelproduktion als Folge außergewöhnlich schlechter klimatischer Bedingungen noch weiter ab. Außerdem wird von Widerständen<sup>16</sup> gegen die Zwangskollektivierung im Süden berichtet (Beresford, 1989). 1980 war etwa ein Drittel der Anbauflächen im Süden in Kollektivbesitz, im Mekong-Delta sogar weniger als 10 vH (Kimura, 1989). Nur mit Hilfe umfangreicher Getreidelieferungen aus der Sowjetunion und von internationalen Organisationen konnten die Versorgungsengpässe gemildert werden (Tabelle A3). Unmittelbar nach Kriegsende versuchte die vietnamesische Regierung durch ein langfristiges Umsiedelungsprogramm den Bevölkerungsdruck zu mindern. Seit 1976 sollen bisher mehr als 3,5 Mill. Menschen in die "Neuen Ökonomischen Zonen" umgesiedelt worden sein (Kim Ninh, 1990). Diese Gebiete liegen vor allem im gering bevölkerten südlichen Hochland, wo auf diese Weise neue Dauerkulturen (Kaffee, Kautschuk) angelegt wurden, und im Mekong-Delta (Beresford, 1989).

---

<sup>16</sup> Es wird berichtet, daß 1977/78 im Süden überschüssiger Reis verfüttert oder zur Alkoholherstellung verwandt wurde (Beresford (1989), p. 113).

Die Industrieproduktion ging aufgrund der verschlechterten Versorgung mit Energie<sup>17</sup> und Rohstoffen in den Jahren 1979 und 1980 um mehr als 15 vH zurück (Tabelle A4). Die Kapazitätsauslastung der Industrie lag 1979 teilweise bei nur 30 - 40 vH (Mio, 1990). Nach dem Verbot privaten Außenhandels und einer ersten Verfolgungswelle gegen die "Handelsbourgeoisie" im Süden (1975) wurden unter der Leitung von Do Muoi Anfang 1978 umfangreiche Beschlagnahmungen von Lagerbeständen privater Handelsbetriebe durchgeführt und jeglicher Privathandel verboten (Will, 1987). Daraufhin setzte eine panikartige Massenflucht ("boat people") in benachbarte Staaten ein, vor allem von Chinesen, die im Süden den Privathandel dominiert hatten. Die chinesische Regierung stellte kurz darauf die Finanzierung ihrer Entwicklungshilfeprojekte ein. Die USA haben 1976 jegliche Unterstützung eingestellt und blockieren durch ihr Veto bis heute die Kreditvergabe von IWF, ADB und Weltbank<sup>18</sup> an Vietnam. Kredite der Sowjetunion fielen dagegen vor 1981 relativ gering aus.

In den Jahren 1976-80 waren die staatlichen Preise nur geringfügig angehoben worden, während die freien Marktpreise relativ gleichmäßig mit 40 - 50 vH pro Jahr anstiegen (Tabelle A8). Die Ursache hierfür war vermutlich der Rückgang der inländischen Produktion, der durch den staatlich kontrollierten Außenhandel nicht kompensiert werden konnte. Auf diese Weise wurden private Märkte und illegale Importe für die Güterversorgung immer wichtiger, wodurch sich auch das stetige Ansteigen der Schwarzmarkt-Devisenkurse erklären läßt. Geldschöpfung zur Finanzierung der Staatsausgaben spielte dagegen noch keine große Rolle (Tabelle A6), da der größte Teil des Budgetdefizits durch Auslandskredite abgedeckt werden konnte.

Diese Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den ersten Nachkriegsjahren löste 1979 im Zentralkomitee der KP Vietnams eine Diskussion über partielle Reformen des Wirtschaftssystems aus. Konkret ging es hauptsächlich um die Förderung von privaten Wirtschaftsaktivitäten in Landwirtschaft und Industrie sowie um einen Abbau der staatlichen Kontrollen des Binnenhandels (Nguyen Thanh Hung, 1981; Tan Teng Lang, 1985). Dabei wurde auch kritisiert, daß die Kollektivierung des Agrarsektors im Süden überstürzt durchgeführt worden sei (Kimura, 1989). Die Beibehaltung der Zentralplanungswirtschaft wurde jedoch im Grundsatz nicht in Frage gestellt.

---

<sup>17</sup> Als Reaktion auf die vietnamesische Offensive gegen Kambodscha (1978) hatte China einen kurzen "Erziehungsfeldzug" gegen die nördlichen Provinzhauptstädte geführt, der vor allem den Energie- und Bergbausektor traf (Will, 1987).

<sup>18</sup> Ein Weltbankkredit (1978) in Höhe von 60 Mio. US-\$ für Bewässerungsprojekte bildet die Ausnahme. Der IWF hat in den Jahren 1977-81 mehrfach Kredite an Vietnam vergeben, aber 1985 wegen des mehrjährigen Zahlungsrückstands eine Kreditsperre verhängt.

Die erste wichtige Reform erfolgte 1981 mit der Einführung eines neuen Vertragssystems zwischen Agrarkooperativen und den einzelnen Bauernfamilien. Zuvor durfte maximal 5 vH der Anbaufläche einer Kooperative privat bewirtschaftet werden, was eine wichtige Einkommensquelle darstellte (Fforde/Paine, 1987). Nachdem bereits seit 1978/79 in einigen Bezirken mit größeren Freiräumen für private Landwirtschaft experimentiert worden war (Kimura, 1989), wurde 1981 per Erlaß allen Familien größere Verantwortung bei der Produktion übertragen und der Verkauf von Überschüssen nach Abzug der Planvorgabe der Kooperative auf eigene Rechnung erlaubt (Vo Nhan Tri, 1990). Außerdem wurden die staatlichen Erzeugerpreise, die für die Pflichtabgaben<sup>19</sup> an den Staat maßgeblich sind, angehoben (Will, 1987). Damit sollten offensichtlich die starken Preisverzerrungen der Vorjahre verringert werden. 1980 waren z.B. die Reispreise am freien Markt fünfmal so hoch wie die staatlichen Reispreise (Kimura, 1992). Ab 1982 lagen die Hektarerträge im Reisanbau um fast 20 vH über dem vorher im Durchschnitt erreichten Wert (Tabelle A3), was allerdings auch durch die verbesserte Versorgung mit Düngemitteln erreicht wurde (Nguyen Van Bich, 1990). Auch bei anderen Agrarprodukten waren deutliche Zuwächse zu verzeichnen.

Der Einbruch der Industrieproduktion in den Jahren 1979-81, der auf die Enteignung im Süden und die Einstellung der chinesischen Hilfeleistungen zurückzuführen ist, löste 1981 eine erste Liberalisierung des Industriesektors aus. Zu diesem Zeitpunkt wurde staatlichen Industrieunternehmen erlaubt, neben den Planvorgaben eigene Verträge über den Absatz ihrer Produkte und die für die Produktion benötigten Inputs abzuschließen (das sogenannte 3-Pläne-System). Der Anreiz bestand dabei in der Chance, erzielte Gewinne nicht mehr vollständig an den Staatshaushalt abtreten zu müssen, sondern einen großen Teil für selbstgeplante Investitionen oder Bonussysteme einbehalten zu können (Le Trang, 1990). Außerdem wurde zum ersten Mal die Entlohnung in Staatsunternehmen leistungsabhängig gestaltet (Spor, 1988). Die starken Zuwächse der Industrieproduktion ab 1982 insbesondere im Staatssektor (Tabelle A4) waren jedoch auch durch die verstärkte Auslandshilfe aus der Sowjetunion (Tabelle A12) bedingt, die vor allem für den Aufbau der Grundstoffindustrien genutzt wurde (Fforde/de Vylder, 1988).

Ende 1981 wurden neben den staatlichen Erzeugerpreisen für Agrarprodukte die Preise für Energie und einige Grundstoffe angehoben, nicht zuletzt um den Abstand zu den Schwarzmarktpreisen zu schließen (Kimura, 1989). Diese Verteuerung der Lebenshaltung wurde allerdings kompensiert durch eine ebenso starke Anhebung der Nominallöhne, zumindest für die Beschäftigten im Staatssektor (Kimura, 1989), und erhöhte

---

<sup>19</sup> Neben den Pflichtabgaben in Höhe von etwa 10 vH der Planvorgabe wurde auch noch eine Agrarsteuer derselben Größenordnung erhoben (White, 1985; Beresford, 1989).

Preissubventionen für Grundnahrungsmittel (Mio, 1990). Außerdem waren seit dem Einmarsch der vietnamesischen Armee in Kambodscha die Militärausgaben stark angestiegen. Das dadurch vergrößerte Budgetdefizit wurde 1981 fast zur Hälfte durch Geldschöpfung finanziert, was etwa 7 vH des Nationaleinkommens entspricht (Tabelle A6). Anfang der achtziger Jahre wurden auch Regierungsanleihen ("Fatherland Construction Bonds") zur Finanzierung des Staatshaushalts ausgegeben, die allerdings kaum mehr als 10 vH des Defizits decken konnten (Mio, 1990). Durch die starke Geldschöpfung wurde der Inflationsprozeß in den Folgejahren genährt (Tabelle A8).

Durch die Erhöhung der Grundstoffpreise ist vermutlich auch die Verteuerung wichtiger importierter Inputs weitergegeben worden. Zum einen hat sich der zweite Ölpreisschock auch auf die Kosten der Treibstoffimporte aus der Sowjetunion ausgewirkt (Martin da Cunha, 1984), wenn auch verzögert.<sup>20</sup> Zum anderen ist der offizielle Wechselkurs des vietnamesischen Dong 1981 um ca. 75 vH gegenüber dem US-\$ abgewertet worden. Der Abstand zum Schwarzmarktkurs (Verhältnis 5:1 zum offiziellen Außenhandelskurs) konnte dadurch jedoch nicht verringert werden (Tabelle A9). Im Zeitraum 1981-85 stiegen die staatlich fixierten und die freien Einzelhandelspreise durchschnittlich um etwa 65 vH bzw. 60 vH pro Jahr (Tabelle A8). Der Schwarzmarktkurs des US-\$ verdoppelte sich etwa alle 12 Monate. Dabei wirkte sich auch die allgemeine Aufwertung des US-\$ im Zeitraum 1981-85 aus. Auf diesen Kaufkraftverlust des Dong wurde von offizieller Seite durch Einführung von Exportprämien und die Anpassung des nichtkommerziellen US-\$ - Kurs für Inländer reagiert (1988-89 World Currency Yearbook), was einer weiteren Abwertung des offiziellen Kurses gleichkommt. Damit war beabsichtigt, die Benachteiligung der Exportbetriebe aus dem niedrigen offiziellen US-\$-Kurs zu kompensieren und so die Ausweitung des Devisenschwarzmarkts zu bremsen. Der Abstand zwischen Schwarzmarktkurs und offiziellem Außenhandelskurs stieg jedoch bis 1985 wieder auf 20:1.

Vorübergehend wurde in den Jahren 1980-82 auch Privatunternehmen und staatlichen Industriebetrieben die direkte Abwicklung des Außenhandels gestattet. Durch die Erlaubnis, einen gewissen Teil der Devisenerlöse eigenständig zu verwenden (Spor, 1988), sollten die Exporte angeregt werden. Aufgrund der Proteste der orthodoxen Mitglieder der KP Vietnams wurde diese Maßnahme allerdings 1983 wieder zurückgenommen (Vo Nhan Tri, 1990).

Insgesamt war also Anfang der achtziger Jahre lediglich eine partielle Lockerung der zentralen Wirtschaftsplanung durchgeführt worden, die vor allem im Agrarsektor, aber

---

<sup>20</sup> Im RGW-Handel wurden die meisten Preise auf der Grundlage eines gleitenden 5-Jahresdurchschnitts der jeweiligen Weltmarktpreise festgesetzt (Beitel, 1984).

auch im Industriesektor, für verbesserte materielle Anreize gesorgt hat. Insofern ähnelt das Vorgehen Vietnams der kurz zuvor (1978) in China durchgeführten Agrarreform (Balassa, 1987). Die partielle Liberalisierung hat zu deutlichen Produktionssteigerungen beigetragen. Nicht gelungen ist es jedoch, die Verzerrungen in den staatlich bestimmten Preisstrukturen zu eliminieren und den Subventionsbedarf der Staatsunternehmen nachhaltig zu senken. Dadurch ist, zusammen mit den Kosten des Kambodschakrieges, das Haushaltsdefizit so stark angestiegen, daß erstmals in großem Umfang zur Geldschöpfung als Mittel der Defizitfinanzierung gegriffen werden mußte. Zwangsläufig führte dies zu einem Anstieg der Inflationsraten und einer Abwertung des Dong.

#### 4. Preis- und Währungsreform 1985

Im Herbst 1985 sind zwei Maßnahmen ergriffen worden, die zur Behebung der seit Anfang der achtziger Jahre entstandenen Probleme beitragen sollten: die Einführung einer neuen Währung, verbunden mit einer Abwertung des offiziellen Dong-Wechselkurses, sowie die Erhöhung der staatlich festgesetzten Löhne und Preise, allerdings ohne Liberalisierung des Preissystems. Mit beiden Maßnahmen sollte offensichtlich der Abstand zwischen offiziellem und Schwarzmarkt-Devisenkurs verringert, die Inflation gedämpft und die Verzerrungen im teilweise staatlich kontrollierten Preissystem beseitigt werden. Dabei wurde allerdings nur an den Symptomen, nicht aber an den eigentlichen Ursachen angesetzt. Vor allem die übermäßige Kreditschöpfung für das staatliche Budgetdefizit und die Staatsunternehmen ist nämlich nicht eingeschränkt worden. Eine Währungsreform für sich genommen kann natürlich das Problem einer zu weichen Kreditpolitik gar nicht lösen, da nur Vermögensbestände verändert werden. Eine restriktive Kreditpolitik ist aber erst im Rahmen des Stabilisierungsprogramm 1989 eingeleitet worden (vgl. Abschnitt 5.2). Statt dessen hat sich 1985 und 1986 die Kreditvergabe an Staatsunternehmen und Staatshaushalt noch beschleunigt (Tabelle A10).

Die Währungsreform (September 1985) könnte jedoch alternativ verstanden werden als Maßnahme der Regierung, um "*übermäßige Geldbestände*<sup>21</sup>" abzubauen, und dadurch das Inflationspotential zu verringern. Für diese These spricht zum einen der gestaffelte Umtauschsatz, der von 10 : 1 für Bargeld und 1985 entstandene Bankeinlagen bis zu 2 : 1 für 1981 oder früher entstandene Bankeinlagen reichte (Kimura, 1989). Außerdem konnte nur über einen bestimmten Teil des neuen Gelds sofort verfügt werden. Zum anderen ist bekannt, daß vor allem staatliche Unternehmen große Bargeldbestände hielten, um durch

<sup>21</sup> Unter einem "übermäßigen Geldbestand" versteht man eine in Relation zum volkswirtschaftlichen Produktionspotential als zu hoch erachtete Geldmenge, wie sie für Planwirtschaften häufig vermutet wird (vgl. Michler/Thieme, 1991).

kurzfristig getätigte Geschäfte am freien Markt die Mängel der staatlichen Planung auszugleichen (Nguyen Hung Dong, 1990). Gegen die These einer "monetären Überversorgung" spricht allerdings die Tatsache, daß in Vietnam stets in hohem Maße Handelsgeschäfte zu freien Marktpreisen getätigt wurden, so daß die durch staatliche Preisfixierung "zurückgestaute Inflation" hier ein Ventil finden konnte (vgl. zu diesem Argument ausführlich Cochrane/Ickes, 1991). Außerdem sind insbesondere von Händlern und privaten Haushalten nur geringe Bargeldbestände gehalten worden, da die sichere Alternativenanlage in US-\$ oder Gold vorgezogen wurde (van Brabant, 1990).

Die Währungsreform kann auch nicht als Maßnahme zur *Remonetisierung* der Volkswirtschaft verstanden werden, da das Vertrauen in die eigene Währung nicht gesteigert wurde. Dazu wären vielmehr der Abbau des Budgetdefizits, eine deutliche Verbesserung des inländischen Warenangebots und eine attraktivere Verzinsung des inländischen Geldvermögens notwendig gewesen. Tatsächlich war die reale Verzinsung von Bankeinlagen in Dong bis Anfang 1989 stark negativ (Dang Duc Dam et al., 1991).

Schließlich könnte die Währungsreform auch der *Entschuldung der öffentlichen Haushalte* gedient haben. Da über die Umstellung von Kreditforderungen des Bankensystems jedoch nichts bekannt ist, läßt sich hier nur eine Vermutung anstellen. Eine Entschuldung der öffentlichen Haushalte könnte nämlich nur zustande kommen, falls in hohem Maße Privatvermögen durch die Umstellung gestrichen wird. Da das Geldvermögen in Vietnam jedoch hauptsächlich von Betrieben gehalten wird, während Privathaushalte in Alternativenanlagen ausweichen, hat vermutlich nur eine Verschiebung der Altschulden zwischen öffentliche Haushalte und staatlichen Unternehmen stattgefunden.

Durch die zweite Reformmaßnahme, die *Erhöhung der staatlich fixierten Preise*, sollte der Abstand zu den freien Marktpreisen<sup>22</sup> verringert werden. Außerdem wurden die Lohnersatzleistungen für Staatsangestellte verringert (Vo Nhan Tri, 1990). "Payments in kind", v.a. in Form subventionierter Lebensmittelzuweisungen und günstiger Wohnungen, machten zu der Zeit nämlich mehr als 50 vH des Einkommens der Beschäftigten im Staatssektor aus (Kimura, 1989). Da der Wegfall der Subventionen vermutlich durch Lohnerhöhungen kompensiert wurde, ist für das Staatsbudget jedoch keine Entlastung erreicht worden. Vielmehr hat sich das Budgetdefizit 1985 deutlich vergrößert, weil die Steuern und Gewinnabführungen nur verzögert auf die Preiserhöhungen reagiert haben, während die Staatsausgaben sofort angestiegen sind (Tabelle A6). Die Finanzierung des Defizits geschah im wesentlichen durch Geldschöpfung der Staatsbank in Höhe von 12 vH des Nationaleinkommens. Der daraus resultierende erneute Inflationsschub zwang die

---

<sup>22</sup> Mitte der achtziger Jahre wurden etwa 40 - 50 vH des Einzelhandels im Privatsektor abgewickelt (Tran Hoang Kim, 1992, Table 79).

Regierung Anfang 1986 dazu, die Rationierung von Grundnahrungsmitteln wieder einzuführen (Kimura, 1992).

Möglicherweise sollte durch die Preisreform auch die Einkommensstruktur zu Lasten des Agrarsektors verschoben werden, denn durch die Veränderungen der relativen Preise seit 1980 hatte der Agrarsektor profitiert (Vo Nhan Tri, 1990). Diese These läßt sich auch stützen durch die vorübergehend erlaubte eigenverantwortliche Preisbildung der staatlichen Industrieunternehmen (Vo Nhan Tri, 1990). Da jedoch der Zugang zu Krediten von den staatlichen Banken weiterhin nahezu unbeschränkt war, wurde diese Freiheit lediglich zu kräftigen Preiserhöhungen genutzt. Als Ergänzung zur Preisliberalisierung wären statt dessen jedoch Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung im Industriesektor das geeignete Instrument gewesen, etwa durch das Zulassen von Entlassungen oder durch Auflagen für die effiziente Verwendung der Investitionskredite.

Das Ergebnis der Preis- und Währungsreform, nämlich beschleunigte Inflation bei kaum spürbaren Output-Effekten (vgl. Tabellen A1 und A8) ist das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war. Die wesentliche Ursache dafür ist, daß notwendige Reformen der Wirtschaftsordnung, insbesondere die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Reform des Bankensektor und die Liberalisierung des Preissystems, nicht vorgenommen worden sind. Statt dessen wurde versucht, die sektorale Einkommensverteilung durch selektive Preiserhöhungen zu beeinflussen, ohne gleichzeitig die Produktionsbereiche zu liberalisieren. Ohne Liberalisierung sind aber keine Outputeffekte zu erwarten, und ohne Konsolidierung kann die Inflation nicht gestoppt werden.

## **5. Umfassende Liberalisierung ab 1987**

### **5.1 Reformprogramm**

Die wirtschaftliche Situation Vietnams hatte sich im Zeitraum 1980-86 nicht so verbessert wie erwartet. Das Pro-Kopf Einkommen lag 1986 nur knapp 20 vH über dem Niveau von 1976. Während der Industriesektor aufgrund der hohen Kreditzuflüsse aus RGW-Staaten seit 1983 überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten aufwies, hatten die Produktionszuwächse im Agrarsektor seit 1982 deutlich abgenommen (vgl. Tabelle A1). Dies ist vor allem durch die Anfang der achtziger Jahre erneut forcierte landwirtschaftliche Kollektivierung im Süden, aber auch durch die teilweise Rücknahme der ersten Reformschritte verursacht worden (vgl. dazu Abschnitt 3). Außerdem hatte die Preis- und Währungsreform 1985 zu bisher nicht erlebten Preisniveausteigerungen von 20 vH pro Monat im Verlauf von 1986 geführt (General Statistical Office, 1992, Tab. 71). Dadurch war zum einen die Einhaltung von Verträgen mit fixierten Preisen unattraktiv, wie sie auch im Agrarsektor noch vorherrschten. Zum anderen wurde aufgrund der fixierten Zinssätze,

die jetzt deutlich unter der Inflationsrate lagen, die Haltung von Geldvermögen in Dong schlagartig geringer (Tabelle A10), während die Nachfrage nach Krediten weiter anstieg und durch Geldschöpfung auch befriedigt wurde. Die Attraktivität der vietnamesischen Währung sank dadurch weiter ab. Auf dem VI. Parteitag der KP Vietnams (1986) wurde daher die programmatische Grundlage für eine umfassende Wirtschaftsreform ("Đoi Moi")<sup>23</sup> gelegt. Durch den Tod des langjährigen Generalsekretärs Le Duan war außerdem ein Generationswechsel in Partei und Regierung ermöglicht worden.

Bei der Umsetzung der beschlossenen Reformziele bestand prinzipiell die Möglichkeit einer vollständigen Liberalisierung aller Märkte bei gleichzeitiger Stabilisierung der Währung ("Schocktherapie")<sup>24</sup>. Für eine solche Strategie hätte zum einen die Größe des Agrarsektors gesprochen, für den man von einer kurzfristigen Angebotsreaktion auf Preisänderungen ausgeht. Zum anderen hatte der Privatsektor im Süden in der Zeit vor 1976 schon Erfahrungen mit der Marktwirtschaft gewonnen. Andererseits barg der für den Entwicklungsstand Vietnams eher überdimensionierte Industriesektor (30 vH des Nationaleinkommens) die Gefahr starker Produktionseinbußen als Folge einer schlagartigen Liberalisierung. Außerdem sprachen die noch wenig entwickelten marktwirtschaftlichen Instrumente, vor allem im Bankensektor und im Steuersystem, eher für ein schrittweises Vorgehen.

Ähnlich wie in China (ab 1978), das auch schon Vorbild für die Einführung des landwirtschaftlichen Vertragssystems war, wurde in Vietnam eine schrittweise Liberalisierungsstrategie verfolgt. Dabei stand eine Korrektur des mikroökonomischen Anreizsystems im Vordergrund, während die Privatisierung von Staatsunternehmen und eine Finanzmarktreform einer späteren Reformphase vorbehalten bleiben sollten. Im Unterschied zu China war die Liberalisierung jedoch nicht regional begrenzt und sie war von vornherein von einem Stabilisierungsprogramm sowie von einer partiellen außenwirtschaftlichen Öffnung begleitet.<sup>25</sup> Im folgenden werden die einzelnen Maßnahmen in chronologischer Ordnung analysiert. Dabei ist jedoch generell zu beachten, daß einige Gesetze und Erlasse häufig die schon erfolgten Änderungen nachträglich legalisierten, während bei anderen Maßnahmen nicht immer zu ermitteln war, ob und wann sie tatsächlich umgesetzt worden sind.

---

<sup>23</sup> Eigentlich wird mit dem Schlagwort "đổi mới (tu' duy)" die geforderte "geänderte Denkweise" bezeichnet, während "cai cách kinh tế" die Wirtschaftsreform im engeren Sinne bezeichnet (vgl. Will, 1988).

<sup>24</sup> Zur Diskussion um "timing and sequencing" vgl. Funke (1993) mit weiteren Verweisen.

<sup>25</sup> Vgl. Balassa (1987); Nguyen Huu Dong (1990); Orr (1990); Blejer et al. (1991).

## 5.2 Schaffung marktwirtschaftlicher Institutionen

Durch die ersten Reformansätze Anfang der achtziger Jahre ist das System der zentralen Wirtschaftsplanung nicht grundlegend geändert worden. Vom Staatlichen Planungskomitee wurden weiterhin Fünfjahrespläne<sup>26</sup> und detaillierte Jahreswirtschaftspläne erstellt, in denen für Staatsunternehmen und Kollektive konkrete Produktionsziele und Preise, die Verteilung von Arbeitskräften, Rohstoffen und industriellen Zwischenprodukten sowie Gewinnverwendung und Kreditaufnahme vorgegeben waren. Lediglich in Teilbereichen war die Produktion auf eigene Rechnung zu frei verhandelten Preisen ausdrücklich gestattet (vgl. Abschnitt 3). Die grundlegenden Elemente einer Marktwirtschaft - staatlich garantiertes Privateigentum an Produktionsmitteln und Immobilien, Vertragsfreiheit mit Durchsetzbarkeit von Vertragsansprüchen und Konkursregeln sowie Güter- und Faktormärkte mit freier Preisbildung und Wettbewerb - waren dagegen noch nicht kodifiziert worden. Allerdings hatten sich auch ohne staatliche Garantien schon einige freie Gütermärkte, etwa im Handel mit geschmuggelten Importwaren und besonders knappen Rohstoffen und Zwischenprodukten gebildet. Aufgrund der Subventionen und kaum begrenzter Kreditvergabe galten für Staatsunternehmen "weiche Budgetrestriktionen" (Kornai, 1986), so daß dort nur geringe Anreize für effiziente Produktionsweisen oder erhöhte Produktqualität bestanden.

Eine erfolgreiche Systemtransformation setzt voraus, daß die wichtigsten marktwirtschaftlichen Institutionen geschaffen und rechtlich garantiert werden. Erst in diesem ordnungspolitischen Rahmen können die mikroökonomischen Anreize wirken, die durch die nachfolgenden Liberalisierungsschritte geschaffen werden. Ohne solche institutionellen Regelungen und ihre Durchsetzung führt der ungebremsste Wettbewerb zu ineffizienten Ergebnissen. Dies wird auch durch die jüngsten Erfahrungen der ehemaligen Planwirtschaften in Osteuropa bestätigt, beispielsweise mit einer zu frühen Liberalisierung der Kreditmärkte.

Vietnam hat frühzeitig wichtige Schritte zur Abschaffung der zentralen Wirtschaftsplanung gemacht und einige Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnung (Privateigentum, Unternehmensrecht, flexible Faktormärkte für Boden und Arbeit) kodifiziert. Ende 1987 ist als erstes die langfristige Verpachtung<sup>27</sup> von Kollektivboden an Familien zugelassen worden. Privateigentum an Boden ist jedoch nach wie vor nicht gestattet. Anfang 1988 wurden dann sämtliche Planvorgaben für Agrarkooperativen abgeschafft ("Erlaß Nr. 10").

---

<sup>26</sup> Z.B. der 4. Fünfjahresplan 1986-90.

<sup>27</sup> Zulässig ist ein Zeitraum von maximal 15 Jahren bzw. für Dauerkulturen 50 Jahre (Beresford, 1990). Bis dahin waren höchstens 3 Jahre auf maximal 5 vH der Kollektivfläche erlaubt.

Im Gegensatz zur Agrarreform 1980 wurde so auch das Entlohnungssystem auf der Basis von Arbeitspunkten außer Kraft gesetzt (Fforde, 1990). Dadurch wurde die Rolle der Kooperativen praktisch beschränkt auf die Bereitstellung von Saatgut, Düngemitteln und Maschinen, während die volle Verantwortung für Produktion und Absatz der Agrarprodukte seitdem bei den Familien liegt. Teilweise wurden auch Geräte aus Kollektivbesitz an einzelne Familien verkauft (Beresford, 1990). Das System der staatlich festgesetzten Erzeugerpreise wurde allerdings erst Anfang 1989 im Zuge der Preisliberalisierung abgeschafft (vgl. Abschnitt 5.4.1).

Ebenfalls Ende 1987 erfolgte bereits eine weitgehende<sup>28</sup> Abschaffung der Planvorgaben für die staatlichen Betriebe ("Erlaß Nr. 217"). Insbesondere die Entscheidungen über Investitionen, Produktion und Gewinnverwendung sowie die Beschaffung von Rohstoffen und Zwischenprodukten sowie die Aufnahme von Krediten fällt seitdem unter die Verantwortung der Unternehmensleitung. Außerdem konnten Staatsunternehmen erstmals ihre Beschäftigten selbständig einstellen und entlassen (Vo Nhan Tri, 1990). Anfang 1988 wurden darüber hinaus in Form von einfachen Unternehmensgesetzen für alle Rechtsformen den privaten Unternehmen ausdrücklich dieselben Rechte zugestanden wie Staatsunternehmen oder Kooperativen (Weggel, Mai 1988). Die nichtstaatlichen Industriebetriebe beschäftigten 1988 immerhin 2 Mio. Erwerbstätige und produzierten 40 vH des gesamten Industrieoutputs (Tabelle A4). Mittlerweile ist eine entsprechende Passage, die zudem Privateigentum vor Enteignung schützt, in die neue Verfassung aufgenommen worden (SR Vietnam, 1992). Allerdings fehlte noch ein Eckstein in der Wirtschaftsordnung, nämlich die Konkursordnung, die insbesondere für die weitere Entwicklung der Staatsunternehmen von Bedeutung ist (vgl. Abschnitt 5.4.5). Nach einer Unternehmensbefragung waren 1990 etwa ein Drittel aller Staatsunternehmen faktisch bankrott (Asia Yearbook, 1992).

### **5.3 Makroökonomische Stabilisierung**

Seit Ende 1985 war die makroökonomische Situation Vietnams gekennzeichnet durch hohe Inflationsraten, während das Pro-Kopf-Einkommen zunächst noch weiter anstieg. Die Einzelhandelspreise stiegen in den Jahren 1986-88 durchschnittlich um 10-15 vH pro Monat (Tabelle A8). Dies lag zum einen am hohen Defizit der öffentlichen Haushalte, deren Einnahmen nur etwa zwei Drittel der Ausgaben decken konnten (Tabelle A6). Das Defizit konnte zwar zum Teil durch Kredite der RGW-Staaten gedeckt werden, zum größten Teil wurde es jedoch durch Geldschöpfung der Staatsbank finanziert (1986-88: ca. 5 vH des Nationaleinkommens). Zum anderen trug auch die nahezu ungebremste

---

<sup>28</sup> Ausgenommen sind lediglich Energieversorgung und Transportwesen (Lê Trang, 1990).

Kreditvergabe an Staatsunternehmen zum Geldmengenwachstum bei (Tabelle A10). Sowohl bei der Kreditvergabe als auch bei der Zinsfestsetzung waren die staatlichen Banken an die Vorgaben der Regierung gebunden.

Für 1989 kündigte die Regierung ein Stabilisierungsprogramm an, das eine restriktive Kreditpolitik und eine deutliche Verringerung des Budgetdefizits, insbesondere durch Streichung der Subventionen, umfassen sollte. Die erste Komponente wurde teilweise im März 1989 umgesetzt, indem Kredit- und Einlagenzinsen erhöht wurden, verbunden mit der Ankündigung, daß zukünftig bei der staatlichen Zinsfestsetzung positive Realzinsen angestrebt werden. Tatsächlich sind die Realzinsen seit Mitte 1989 wieder positiv, was aber vor allem am deutlichen Rückgang der Inflation liegt. Außerdem wurden verzinsliche Devisenkonto eingeführt, die durch die gleichzeitig erfolgte Freigabe des offiziellen Devisenkurses<sup>29</sup> auch attraktiv waren. Tatsächlich wurden 1989 und 1990 den informellen Devisen- und Kreditmärkten große Mengen an Devisen entzogen und dem Bankensektor zur Verfügung gestellt. Dadurch wurde ein einmaliger starker Anstieg des Monetisierungsgrades (Verhältnis von Geldmenge zu Nationaleinkommen) erreicht (Tabelle A10). Erst 1990 wurde schließlich die Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Kreditvolumens deutlich reduziert, nachdem die Kreditvergabe an Staatsunternehmen<sup>30</sup> bereits 1988 und 1989 zurückgeführt worden war (Tabelle 3).

Die zweite Komponente des Stabilisierungsprogramms zeigte jedoch erst 1990/91 erste Ergebnisse. Nach offiziellen Angaben sind 1989 alle Subventionen gestrichen worden. Dies hat jedoch nicht zu einer realen Ausgabenkürzung geführt. Daher ist zu vermuten, daß die Subventionen lediglich in andere Ausgabenkategorien umgeschichtet wurden, etwa in Löhne und Gehälter der Staatsangestellten, die bisher von Nahrungsmittelsubventionen profitiert hatten. Auch höhere Preise für Investitionsgüter<sup>31</sup> aus inländischer Produktion sind denkbar, was einen versteckten Transfer an Staatsunternehmen bedeuten würde.

Darüber hinaus haben 1989 auch zwei Sonderfaktoren eine Kürzung der Staatsausgaben verhindert. Zum einen hat die Demobilisierung der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha kurzfristig die Militärausgaben erhöht, zum anderen hatte Vietnam 1989 die Tilgung seiner Auslandsschulden wieder aufgenommen. Insgesamt haben die

---

<sup>29</sup> Seit Ende 1988 war der offizielle Wechselkurs schrittweise abgewertet worden (Tabelle A9).

<sup>30</sup> Aufgrund der zusätzlichen Kreditvergabe aus den öffentlichen Haushalten ist allerdings das Volumen der von Staatsunternehmen erhaltenen Kredite nicht vollständig zu ermitteln.

<sup>31</sup> Tatsächlich haben die Durchschnittspreise staatlicher Investitionsprojekte 1989 wesentlich stärker zugenommen (+170 vH; Tabelle A7) als der Index der Einzelhandelspreise (+96 vH; Tabelle A8).

Tabelle 3 - Bilanz des Bankensektors<sup>a</sup> (1988-90)

	1988		1989		1990	
	Mrd. Dong	(vH)	Mrd. Dong	(5)	Mrd. Dong	(vH)
M2 (Dong)	1900	(530)	2500	(110)	2650	(50)
Deviseneinlagen	200	(830)	1800	(750)	1500	(70)
<u>davon:</u> abwertungsbedingt <sup>b</sup>		(700)		(40)		(50)
Kredite an						
- öffentliche Haushalte	590	(840)	1930	(390)	1430	(55)
- Staatsunternehmen	1330	(450)	1900	(110)	1680	(50)
<u>Nachrichtlich:</u> Preisindex des Einzelhandels		(394)		(35)		(67)

<sup>a</sup> Veränderungen im Jahresverlauf. - <sup>b</sup> Eigene Schätzung.

Quelle: Tabellen A8, A10.

Staatsausgaben im Verhältnis zum Nationaleinkommen 1989 sogar zugenommen, was eine im Vergleich zum Vorjahr stark erhöhte Geldschöpfung der Staatsbank (11 vH des Nationaleinkommens) erforderlich machte (Tabelle A6). 1990 wurden zwar Staatsausgaben und Budgetdefizit im Verhältnis zum Nationaleinkommen deutlich gesenkt, die Defizitfinanzierung durch Geldschöpfung erreichte allerdings immer noch das Niveau der Jahre 1986-88. Erst 1991 konnte dies nach vorläufige Angaben deutlich verringert werden, obwohl 1990 die sowjetischen Kredite fast völlig gestrichen worden waren, was sowohl durch reale Ausgabenkürzungen als auch durch erhöhte Staatseinnahmen, vor allem aus der Ölförderung, erreicht wurde. Außerdem erhielt die Defizitfinanzierung durch Staatsanleihen erstmals wieder größere Bedeutung.

Trotz der verzögerten Haushaltskonsolidierung konnte die Inflationsrate bereits 1989 auf durchschnittlich 2,5 vH pro Monat gesenkt werden (Tabelle A8). Dieses Ergebnis ist zunächst einmal nicht ohne weiteres zu verstehen. Das Stabilisierungsprogramm war anscheinend so glaubwürdig, daß die Bevölkerung auf die Zinserhöhung und die Einrichtung von Devisenkonten mit einer Umschichtung ihrer Vermögensbestände in den Bankensektor reagiert hat. Dennoch blieb die Kreditexpansion im Jahre 1989 unter den Zuwachsraten des vergangenen Jahres und war damit deutlich restriktiv. Daraus kann man schließen, daß entweder ein Teil der zusätzlichen Bankeinlagen vorübergehend gesperrt worden ist oder die Banken kurzfristig nicht in der Lage waren, die erhöhte Liquidität zur Ausweitung ihres Aktivgeschäfts zu benutzen. Dies erklärt auch, warum die Zunahme der inländischen Geldmenge (M2) deutlich geringer ausfiel als im Vorjahr (Tabelle 3). Es bleibt zu klären, woher die Glaubwürdigkeit des Stabilisierungsprogramms kam, obwohl im Bereich der Haushaltskonsolidierung zunächst keine Erfolge erzielt

wurden. Die Erfahrung mit vielen Stabilisierungsprogrammen in Lateinamerika zeigt, daß ohne deutliche Reduzierung des Budgetdefizits keine dauerhaften Erfolg zu erzielen sind (Nunnenkamp/Schmieding, 1991). Im Falle Vietnams war die Glaubwürdigkeit offensichtlich durch die begleitenden Liberalisierungsmaßnahmen vor allem im außenwirtschaftlichen Bereich geschaffen worden, die zu einer Verbesserung der inländischen Güterversorgung führten. Dies wirkte unmittelbar dämpfend auf die Inflation.

Wenn dieses Erklärungsmuster zutrifft, ließe sich daraus die interessante Schlußfolgerung ableiten, daß zumindest in wenig entwickelten Ländern der Prozeß der makroökonomischen Stabilisierung von Anfang an von einer außenwirtschaftlichen Öffnung begleitet sein sollte. Einem "sequencing" mit außenwirtschaftlicher Öffnung erst nach Abschluß einer binnenwirtschaftlichen Liberalisierung würde damit eine Absage erteilt.

Die fortgesetzte Defizitfinanzierung durch Geldschöpfung ließ die Inflationsrate 1990 und 1991 wieder auf das Doppelte ansteigen, wobei die deutlich restriktivere gesamtwirtschaftliche Kreditpolitik dämpfend wirkte. Erst 1991 zeigten die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung klare Erfolge (Tabelle A6), wobei die Ausgabenkürzung nicht durch Verringerung der staatlichen Investitionen erreicht wurde (Tabelle A7). Die Kreditfinanzierung durch Geldschöpfung wurde stark reduziert, so daß 1992 eine monatliche Inflationsrate von nur noch 1 vH erreicht werden konnte (Financial Times, 10.12.1992). Insgesamt scheinen sich Kredit- und Fiskalpolitik also mittlerweile klar an stabilitätspolitischen Zielen auszurichten. Trotzdem besteht sowohl im Bankensektor als auch im Budget der öffentlichen Haushalte noch ein beträchtlicher Umstrukturierungsbedarf besteht.

## **5.4 Mikroökonomische Anreizstruktur**

### **5.4.1 Freigabe der Preisbildung**

Im System der zentralen Wirtschaftsplanung wurden vom Staatlichen Preiskomitee die Preise der meisten Produkte vorgegeben. Dies galt insbesondere für inländische Rohstoffe und Zwischenprodukte für Landwirtschaft und Industrie sowie für ausländische Waren, die legal nur über staatliche Außenhandelsunternehmen bezogen werden konnten. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Planwirtschaften war der Einzelhandel in Vietnam nur etwa zur Hälfte unter staatlicher Kontrolle (Tran Hoang Kim, 1992, Tab. 79), so daß frei ausgehandelte Marktpreise für Konsumgüter und Nahrungsmittel schon immer eine große Rolle gespielt haben. Dies lag zum einen an den zahlreichen Privatunternehmen im Süden, die von der "sozialistischen Transformation" nur teilweise erfaßt worden waren, und zum anderen an den Möglichkeiten für Privatgeschäfte, die

dem Agrarsektor in der ersten Reformphase (vgl. Abschnitt 3) eingeräumt worden waren. Aufgrund der Mängel der staatlichen Planung haben sich für bestimmte Produkte die Abstände zwischen den staatlich vorgegebenen und den frei ausgehandelten Preisen außerdem so vergrößert, daß sich Schwarzmärkte für geschmuggelte Importgüter und für besonders knappe Zwischenprodukte entwickelt haben. Dies galt nicht nur für Gütermärkte, sondern auch für den Devisenmarkt und für Kreditmärkte.

Von einer Freigabe der Preisbildung erwartet man, daß die sich einstellenden Preisrelationen die relativen Knappheiten von Gütern und Dienstleistungen wiedergeben und so die verfügbaren Ressourcen in ihre bestmögliche Verwendung lenken. Dies setzt zum einen funktionierende Faktormärkte voraus, d.h. der institutionelle Rahmen muß zulassen, daß Faktorangebot und Faktornachfrage auf Preissignale reagieren können. Zum anderen sollten Kreditvolumen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte kontrolliert werden, damit nach Aufhebung der Preiskontrollen nicht dauerhaft hohe Preisniveaustiege einsetzen, die die Signalfunktion der relativen Preise verschleiern. Während diese beiden Bedingungen bei der Preis- und Währungsreform 1985 nicht erfüllt waren (vgl. Abschnitt 4), waren die Voraussetzungen 1989 günstiger. Die restriktive Kreditpolitik hatte seit Ende 1988 bereits stabilisierend gewirkt, und die Faktormärkte waren formal bereits liberalisiert worden. Allerdings war die Kreditvergabe der staatlichen Banken noch nicht an Rentabilitäts- und Risikokriterien orientiert (vgl. dazu Abschnitt 5.4.3).

Im März 1989 erfolgte eine vollständige Preisliberalisierung, verbunden mit der Streichung der meisten Preissubventionen. Lediglich im Bereich der öffentlichen Versorgung werden einzelne Preise noch staatlich festgesetzt, z.B. für elektrischen Strom, Treibstoffe, Düngemittel und Transportleistungen. Durch die parallel eingeleitete außenwirtschaftliche Öffnung (vgl. Abschnitt 5.4.2) mußten sich die inländischen Unternehmen stärker als zuvor in der Konkurrenz mit ausländischen Anbietern behaupten, so daß auf diese Weise auch viele Staatsunternehmen dem Wettbewerbsdruck ausgesetzt wurden. Allerdings werden Staatsunternehmen vermutlich immer noch begünstigt, z.B. durch niedrigere Kreditzinsen oder direkte Subventionen. Dies zeigt sich deutlich an der Entwicklung von Produktionsvolumen und Beschäftigung der Industrieunternehmen (vgl. Tabelle 4). In den Jahren 1989 bis 1991 sind insgesamt etwa 830.000 Beschäftigte (28 vH des Stands von 1988) entlassen worden, im Staatssektor jedoch unterdurchschnittlich viele (15 vH des Stands von 1988). In einzelnen Branchen ging die Produktion der Staatsunternehmen zurück, z.B. im Maschinenbau und in der Nahrungsmittelverarbeitung, während der Staatssektor insgesamt 1990 einen gegenüber 1988 um 3,6 vH gestiegenen Output

Tabelle 4 - Produktion und Beschäftigung im Industriesektor 1988-91

	Produktion (Mrd. Dong) <sup>a</sup>				Beschäftigung (1000)			
	1988	1989	1990	1991	1988	1989	1990	1991
Industrie insgesamt	137,8	133,3	137,5	144,8	1945	1531	2251	2115
davon:								
Staatliche Unternehmen	77,8	76,0	80,6	89,1	844	782	744	714
darunter:								
Maschinenbau	7,9	6,1	5,6	.	103	93	80	.
Chemie	8,9	8,5	9,7	.	71	62	59	.
Baustoffe	5,3	4,9	5,7	.	109	97	83	.
Nahrungsmittel	18,7	18,8	17,4	.	117	109	111	.
Textil	12,7	12,4	12,3	.	163	153	159	.
Kooperativen und Privatsektor	60,0	57,3	56,9	55,7	2101	1749	1507	1400
darunter:								
Maschinenbau	5,6	4,9	5,0	.	68	59	58	.
Metallverarbeitung	5,2	5,1	4,9	.	122	93	77	.
Baustoffe	3,5	3,5	3,8	.	277	199	167	.
Holzverarbeitung	6,4	5,7	6,0	.	285	221	216	.
Nahrungsmittel	17,9	19,5	18,6	.	614	600	538	.
Textil	8,5	7,4	7,0	.	502	391	284	.

<sup>a</sup> In Preisen von 1982.

Quelle: Tran Hoang Kim (1992), Tab. 47-56. General Statistical Office (1992), Tab. 16,18.

aufwies. Kooperativen und Privatunternehmen hatten dagegen einen Produktionsrückgang von 5,2 vH zu verzeichnen, während nur wenige Branchen, z.B. Baustoffe und Nahrungsmittelverarbeitung, ihren Output steigern konnten.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Liberalisierung der Güter- und Faktormärkte zur erwarteten Anpassungsrezession im Industriesektor geführt hat. Diese Rezession ist jedoch im Vergleich zu mittel- und osteuropäischen Ländern ausgesprochen milde und nur kurzfristig gewesen. Bereits 1990 befand sich die Industrieproduktion wieder auf dem Niveau von 1988, und 1991 war sogar ein bescheidener realer Zuwachs zu verzeichnen. Der zunehmende Anteil staatlicher Unternehmen an der Industrieproduktion deutet daraufhin, daß notwendige Anpassungen durch die fortgesetzte Subventionierung verhindert worden sind. Die Preisliberalisierung hat zwar zur Effizienzsteigerung durch Abbau der Unterbeschäftigung in den Industriebetrieben beigetragen, jedoch die notwendige Umstrukturierung des Industriesektors nicht bewirken können.

### **5.4.2 Außenwirtschaftliche Öffnung**

Im System der zentralen Wirtschaftsplanung unterlag auch der Außenhandel umfassenden Regulierungen und Kontrollen. Der staatliche Außenhandelsplan gab für Exporte und Importe die anzustrebenden Umsätze nach Produktgruppen und Handelspartnern vor. Die Abwicklung des Außenhandels war grundsätzlich nur über staatliche Handelsgesellschaften erlaubt, die meistens als Branchenmonopole organisiert waren. Der Außenhandel mit RGW-Staaten, der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre etwa drei Viertel der Importe und zwei Drittel der Exporte ausmachte, war darüber hinaus über Fünfjahreszeiträume in bilateralen Handelsprotokollen vereinbart worden. Die Finanzierung des Handelsbilanzdefizits mit RGW-Staaten in Höhe von 1-1,5 Mrd. Transferrubeln jährlich war lange Zeit problemlos möglich. Auf der RGW-Ratstagung 1987 wurde jedoch zum ersten Mal von den Gläubigerländern betont, daß die Defizite der RGW-Entwicklungsländer nicht mehr in der bisherigen Größenordnung finanziert werden würden. Aufgrund des US-Handelsembargos, dem sich die ASEAN-Staaten offiziell angeschlossen hatten, war die Finanzierung eines Handelsbilanzdefizits mit Nicht-RGW-Staaten erschwert. Obwohl Japan und Singapur die wichtigsten Handelspartner im vietnamesischen Außenhandel auf US-\$-Basis waren, haben lediglich einige europäische Staaten (v.a. Schweden und Frankreich) und einige OPEC-Länder größere Beiträge durch Kredite oder Entwicklungshilfe bereitgestellt.

Aus Sicht eines vietnamesischen Unternehmens war der legale Export bis Mitte 1988 nicht besonders reizvoll, da der offizielle Devisenkurs für den Außenhandel deutlich unter dem Schwarzmarktkurs lag, zuletzt etwa im Verhältnis 1:10 (Tabelle A9), so daß die Erlöse vermutlich kaum die Herstellungskosten decken konnten. Außerdem unterlagen die Devisenerlöse der staatliche Bewirtschaftung, d.h. sie konnten nur für den Import von selbst benötigten Vorleistungsgütern verwandt werden oder mußten bei der Außenhandelsbank abgeliefert werden. Aus diesem Grund hat sich vermutlich schon Anfang der achtziger Jahre ein reger illegaler Außenhandel mit China und Thailand entwickelt.

Nach vorübergehenden Erleichterungen 1981-83 wurde das Außenhandelsregime ab 1988 schrittweise liberalisiert. Zunächst wurden die komplexen Preisregulierungen durch ein relativ einfaches Zollsystem ersetzt (Ministry of Trade and Tourism, 1992). Exporte werden seitdem mit geringen Zollsätzen von 5-10 vH belastet, während die Zollsätze für Importe stark differenziert waren. Neben "Luxusprodukten" (Spirituosen, Kosmetik) werden nur die auch in Vietnam produzierten Konsumgüter, z.B. Holzprodukte, Textilien, Keramik und einfache Metallerzeugnisse stark belastet. Außerdem wird bis heute häufig von selektiven Importkontingenten Gebrauch gemacht (Dinh Thi Chinh, 1992). Ab Ende



der staatlichen Außenhandelsbank eine Politik des managed floating verfolgt, d.h. der offizielle Devisenkurs wird in kurzen Abständen den Marktverhältnissen angepaßt.

Ebenfalls seit 1989 wurden neue Außenhandelslizenzen für staatliche und private Produktionsunternehmen erteilt, die zwar weiterhin der Devisenbewirtschaftung, aber nicht mehr der staatlichen Planung unterliegen (Weggel, September 1991). Erst seit 1991 ist ein zentraler Devisenhandel unter Aufsicht der Staatsbank eingerichtet worden. Seit Ende 1991 ist der Dong relativ stabil und hat sich gegenüber dem US-\$ sogar leicht aufgewertet (Tabelle A9).

Als Ergebnis der außenwirtschaftlichen Öffnung hat sich der Außenhandel mit Nicht-RGW-Staaten seit 1989 sprunghaft gesteigert (Tabelle A5). Von 1988 bis 1991 haben sich die Exporte auf US-\$-Basis etwa vervierfacht, während die Importe nicht ganz so stark zugenommen haben,<sup>32</sup> so daß der Außenhandel auf US-\$-Basis 1991 nahezu ausgeglichen war. Zu den Exportsteigerungen haben hauptsächlich der Agrarsektor (Reis, Fisch) und die Rohölförderung beigetragen, aber auch die Konsumgüterexporte haben sich seit 1988 erhöht (Tabelle 5). Mit den Erlösen wurden vor allem Rohstoff- und Investitionsgüterimporte finanziert, wobei ab 1991 insbesondere der Rückgang der entsprechenden Importe aus RGW-Staaten kompensiert werden muß. Darüber hinaus wurden seit 1989 auch wieder die vietnamesischen Auslandsschulden getilgt.

Tabelle 5 - Außenhandel nach Produktgruppen 1986-90 (Mio. US-\$)<sup>a</sup>

	1986	1987	1988	1989	1990
<b>Exporte</b>	823	854	1038	1946	2404
davon: Agrarprodukte <sup>b</sup>	463	480	511	813	1151
Rohstoffe, Grundstoffe	74	50	61	405	617
Konsumgüter	286	324	466	728	635
<b>Importe</b>	2155	2455	2757	2566	2752
davon: Rohstoffe, Mineralölprodukte	1118	1205	1377	1377	1590
Investitionsgüter	749	899	959	860	752
Nahrungsmittel	109	111	172	136	42
Konsumgüter	179	240	249	193	368

<sup>a</sup> In der vietnamesischen Außenhandelsstatistik werden Produktgruppen nicht nach Währungsgebieten aufgeschlüsselt; die Umrechnung erfolgt zu 1 TRbl = 1 US-\$. - <sup>b</sup> Enthält Erzeugnisse der Forstwirtschaft und Fischerei.

Quelle: General Statistical Office, Economy and Finance of Vietnam, 1986-90.

<sup>32</sup> Ein Teil der Steigerungen ist vermutlich durch die statistische Erfassung der früher illegalen Außenhandelsaktivitäten entstanden.

Auf Drängen der RGW-Staaten sind auch die Exporte auf Transferrubel-Basis ab 1988 deutlich gesteigert worden. Seit der Auflösung des RGW (1990) wird jetzt auch der Außenhandel jetzt auch mit den osteuropäischen Staaten und der GUS auf der Basis von Weltmarktpreisen und Fakturierung in US-\$ abgewickelt. Außerdem hat es keine neuen Finanzierungszusagen mehr gegeben, während gleichzeitig auf die fristgerechte Rückzahlung der vietnamesischen Altschulden in Höhe von über 10 Mrd. Transferrubeln<sup>33</sup> gedrängt wird.

Der Erfolg der wirtschaftlichen Reformen, aber auch die internationale politische Entwicklung (Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha 1988/89) haben neben der Ausweitung des Außenhandels auch das Zustandekommen ausländischer Direktinvestitionen in Vietnam gefördert. Grundlage dafür war das 1988 in Kraft getretene Gesetz über Direktinvestitionen<sup>34</sup>, das Beteiligungen bis zu 100 vH zuläßt sowie in Einzelfällen die Befreiung von der Gewinnsteuer (15-25 vH) für mehrere Jahre vorsieht. Seit 1990 sind auch Beteiligungen an Privatunternehmen zugelassen. Die bis Ende 1992 genehmigten Direktinvestitionen belaufen sich auf insgesamt 4,6 Mrd. US-\$ (Asian Wall Street Journal, 4.1.1993), bisher sind davon allerdings erst 1,2 Mrd. US-\$ realisiert worden (Far Eastern Economic Review, 28.1.1993). Der größte Teil soll gemäß der Zusagen in die verarbeitende Industrie fließen (36 vH), gefolgt von der Rohölförderung (23 vH) und der Tourismusbranche (15 vH). Hauptinvestoren sind Taiwan (17 vH), Hongkong (13 vH) und Frankreich (10 vH) (International Herald Tribune, 24.12.1992).

Darüber hinaus sind 1991 an vier Orten (Haiphong, Da Nang und zwei Vororte von Ho Chi Minh City) in Vietnam spezielle Freihandelszonen zur Förderung von Industrieansiedlungen eröffnet worden (Weggel, Mai 1992). Obwohl entsprechende Daten nicht verfügbar sind, läßt sich jedoch vermuten, daß die Freihandelszonen aufgrund fehlender Infrastruktur und anderer Hemmfaktoren bisher kaum Investoren gewinnen konnten. Außerdem scheinen Freihandelszonen im Rahmen der Reformpolitik Vietnams außerdem einen geringeren Stellenwert zu haben als in der VR China.

Bei allen erkennbaren Vorteilen muß die außenwirtschaftliche Öffnung Vietnams als partiell bezeichnet werden. Bestehen geblieben sind die Regulierung der Exporte über staatliche Außenhandelsmonopole, die Regulierung der Importe durch differenzierte Zölle und Quoten sowie eine weitgehende Devisenbewirtschaftung. Die vietnamesische Regierung nutzt diese Instrumente, um größere Handelsbilanzdefizite zu vermeiden. Dies

---

<sup>33</sup> Über den Umrechnungskurs besteht noch keine Vereinbarung; vermutlich wird man sich wie im Falle Ungarns und der Tschechoslowakei auf 1 TRbl. = 1 US-\$ einigen (IMF/IBRD/OECD/EBRD, 1991).

<sup>34</sup> Bereits 1977 wurde zum ersten Mal ein solches Gesetz verabschiedet (Financial Times, 30.12.1976), das aber aufgrund der politischen Spannungen nie genutzt wurde.

behindert den binnenwirtschaftlichen Anpassungsprozeß. Dennoch hat die partielle außenwirtschaftliche Öffnung zu einer Verbreiterung des inländischen Güterangebots und einer Umstrukturierung des Außenhandels beigetragen. Exportiert werden verstärkt Nahrungsmittel und Konsumgüter, während Rohstoffe und industrielle Zwischenprodukte importiert werden. Damit deutet sich eine stärker an den komparativen Kostenvorteilen orientierte Außenhandelsstruktur an, wozu auch die ausländischen Direktinvestitionen beigetragen haben dürften. Allerdings kommt es zukünftig darauf an, daß die Änderung der Außenhandelsstruktur auch zu einem Strukturwandel bei der inländischen Produktion führt.

### **5.4.3 Finanzmarktreform**

Im System der zentralen Wirtschaftsplanung war die Kreditpolitik der Produktionsplanung nachgeordnet. Vor 1988 war die Staatsbank sowohl Notenbank als auch größter Kreditgeber für Landwirtschaft und Industrie. Daneben existierten lediglich noch ländliche Kreditgenossenschaften sowie zwei staatliche Banken, die sich mit der Finanzierung des Außenhandels bzw. großer Investitionsvorhaben befaßten. Die staatlichen Banken orientierten sich bei Kreditvergabe und -überwachung nicht an Rentabilitäts- und Risikokriterien, da sie sowohl bei der Sektoraufteilung als auch bei der Festsetzung der Zinssätze weisungsgebunden waren. Außerdem gelten die Staatsunternehmen als sichere Gläubiger und werden deshalb bis heute noch von den Banken bevorzugt (Radke, 1992). Informelle Kreditmärkte (Sparclubs, Pfandkredite von Händlern etc.) existieren ebenfalls, über das Kreditvolumen liegen jedoch keine Angaben vor. Für Privatunternehmen waren diese Kreditmärkte häufig die einzige Möglichkeit zur Fremdfinanzierung, da sie von den staatlichen Banken kaum Kredite bekamen und andere Kapitalmärkte in Vietnam nicht existieren. Aber auch für die Anleger von Geldvermögen waren informelle Kreditmärkte attraktiver als Banken, da sie nicht der staatlichen Zinsfixierung unterlagen, die bis 1988 zu stark negativen Realzinsen geführt hat (Dang Duc Dam et al., 1991).

Eine grundlegende Reform des Bankensektors war also aus zwei Gründen erforderlich. Zum einen mußte das volkswirtschaftliche Kreditvolumen im Sinne der Stabilitätspolitik kontrolliert werden. Dies geschieht am einfachsten durch die Einrichtung einer autonomen Zentralbank, die auf dem Wege der Refinanzierung der Banken das Kreditvolumen beschränken kann. Zum anderen mußten die Ineffizienzen bei der Kreditvergabe abgebaut werden, die durch die zentrale Vorgabe von Zinssätzen und Kreditallokation entstehen. Dazu mußte vor allem der Zinsmechanismus so gestaltet werden, daß die Marktverhältnisse berücksichtigt werden. Aufgrund der Dominanz staatlicher Banken war durch die Zulassung neuer Bankgründungen kurzfristig kein großer Konkurrenzdruck zu

erwarten. Daher war es durchaus sinnvoll, zunächst weiterhin Zinssätze für Bankeinlagen und Kredite vorzugeben, da sonst kaum ausreichend Geldvermögen von Privaten mobilisiert worden wäre. Darüber hinaus werden für ein effizientes Bankensystem natürlich einige Elemente der Rechtsordnung benötigt, insbesondere Konkursregeln, ein Vertragsrecht und Unternehmensgesetze, da ansonsten keine zuverlässigen Informationen bei der Kreditvergabe und keine Sanktionsmöglichkeiten bei Zahlungseinstellung des Kreditnehmers zu Verfügung stehen.

1988 wurde zunächst die Kreditabteilung der Staatsbank in zwei neue staatliche Banken für den Agrarsektor bzw. für Handel und Industrie ausgegründet. Formal war die Staatsbank jedoch erst seit Verabschiedung der Bankgesetze (1990) nur noch mit der Refinanzierung der Geschäftsbanken und der öffentlichen Haushalte befaßt (SR Vietnam, 1991). Die Gründung privater Banken, die ebenfalls seit 1988 zugelassen war, erwies sich als nicht besonders erfolgreich, da einige dieser Banken durch Betrug in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Seitdem werden zahlreiche Kreditkooperativen und Kreditfonds von der Staatsbank abgewickelt bzw. reorganisiert (Dang Duc Dam et al., 1991). Mitte 1992 sind schließlich die ersten Auslandsbanken zugelassen worden, die sich allerdings kostspieligen Regulierungen ausgesetzt sehen. Außerdem ist das Kredit- und Einlagengeschäft in Dong auf ein Minimum beschränkt, so daß auf diesen Märkten bisher kaum Wettbewerb entstanden ist (Far Eastern Economic Review, 20.8.1992).

Das Hauptproblem des Bankensektors besteht darin, daß anscheinend trotz Bankenreform die alte Praxis der Kreditvergabe gemäß zentraler Planvorgabe und die Bevorzugung staatlicher Unternehmen durch präferentielle Kreditzinsen noch fortgesetzt wird. Dies behindert in erheblichem Maße die Intermediationsleistung der staatlichen Banken. Allerdings könnte sie derzeit auch noch gar nicht in vollem Umfang wahrgenommen werden, weil der geringe Ausbildungsstand des Personals im Bankensektor und das Fehlen von Methoden zur Rentabilitätsberechnung und Kreditüberwachung ein eigenständiges Aktivgeschäft stark behindern (Radke, et al., 1992).

Insgesamt läßt sich festhalten, daß die Finanzmarktreform in Vietnam bisher nur auf dem Papier stattgefunden hat. Die notwendigen Bankengesetze existieren bereits, und ein Konkursrecht soll demnächst verabschiedet werden. Allerdings verhindern staatliche Eingriffe in die Kreditallokation und mangelhafte Kenntnisse in der Kreditvergabepaxis das Entstehen differenzierter und effizient funktionierender Finanzmärkte.

#### **5.4.4 Steuersystem**

Im System der zentralen Wirtschaftsplanung waren die öffentlichen Haushalte stark geprägt von den Gewinnabführungen der Staatsunternehmen auf der Einnahmenseite

und von Preissubventionen sowie Zuweisungen an Staatsunternehmen auf der Ausgabenseite (Tabelle A6). Von einer Reform der öffentlichen Haushalte erwartete man eine mittelfristige Verringerung des Budgetdefizits und eine grundlegende Umstrukturierung von Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel der Gleichbehandlung von Privatsektor und Staatsunternehmen.

Die Struktur der Staatseinnahmen ist seit 1989 beträchtlich geändert worden. Durch die Deregulierung der Staatsunternehmen sank der Anteil der Gewinnabführungen an den Staatseinnahmen (1989). Andererseits haben die Lizenzeinnahmen aus der Ölförderung und die Steuereinnahmen deutlich zugenommen, so daß sich die gesamten Staatseinnahmen im Verhältnis zum Nationaleinkommen nur geringfügig geändert haben. 1989 und 1990 wurden nämlich zum ersten Mal gesetzliche Grundlagen<sup>35</sup> für eine Unternehmensgewinnsteuer, eine progressive Einkommensteuer und eine allgemeine Umsatzsteuer geschaffen, die für alle Wirtschaftssektoren gleichermaßen anzuwenden sind. Allerdings begünstigt das Steuersystem die Branchen, in denen Staatsunternehmen dominieren, denn der Gewinnsteuersatz reicht von 30 vH für die Grundstoffindustrie bis zu 50 vH für den Dienstleistungssektor. Der Agrarsektor wird demgegenüber, nach Bodenqualität gestaffelt, nur mit einer vereinfachten Ertragssteuer in Höhe von durchschnittlich 10 vH des Umsatzes belastet (Beresford, 1990).

Da derzeit die potentiellen Steuereinnahmen lediglich etwa zur Hälfte realisiert werden (Dang Duc Dam et al., 1991), werden sich die Staatseinnahmen in den kommenden Jahren vermutlich wieder erhöhen, wenn es gelingt, eine effiziente Steuerverwaltung einzuführen. Bezüglich der Anreizstruktur läßt sich festhalten, daß das neue Steuersystem noch nicht die Anforderung der Sektorneutralität erfüllt. Außerdem wäre es vom Gesichtspunkt der Steuervereinfachung sicher günstiger gewesen, ein höheres Gewicht auf die Besteuerung des Konsums als auf die der Einkommen und Gewinne zu legen.

#### **5.4.5 Privatisierung der Staatsunternehmen**

Die Reformmaßnahmen der Jahre 1988/89 hatten bereits den Spielraum für private Unternehmertätigkeit vergrößert, indem staatliche Planvorgaben, Marktregulierungen und Subventionen fast vollständig abgeschafft wurden (vgl. Abschnitt 5.2). Außerdem ist seitdem Privateigentum an Produktionsmitteln gesetzlich geschützt und private Landnutzung langfristig möglich. Dadurch hat sich die Bedeutung der landwirtschaftlichen Kooperativen verringert. Die Privatisierung von Staatsunternehmen hat dagegen bisher noch nicht begonnen.

---

<sup>35</sup> Abgedruckt in SCCI (1991).

Während die Privatisierung der zahlreichen kleinen Staatsunternehmen wohl relativ zügig auf informelle Weise erledigt werden kann, ist der Verkauf der größeren Betriebe eine langwierige Aufgabe. Vor allem im Bereich Grundstoffindustrie und Maschinenbau wird man für die veralteten Anlagen sowjetischen Ursprungs nur schwer Interessenten finden. Darüber hinaus scheinen auf Regierungsseite auch noch Vorbehalte gegenüber vollständigen Verkäufen zu bestehen. Die Mitte 1992 angekündigte Privatisierung von sieben Unternehmen der Leichtindustrie (Vietnam Investment Review, 15-21 June 1992), die als Pilotprojekt geplant war, ist bisher noch nicht gelungen.

Von einer Privatisierung erhofft man sich neben der Entlastung der öffentlichen Haushalte vor allem ein verbessertes Management. Wegen der staatlichen Planvorgaben und des Zugangs zu Subventionen war eine eigenständige Kostenrechnung nicht erforderlich, und kurzfristige Anpassungen der Produktion sowie Innovationen wurden behindert. Entscheidend für den Erfolg einer Privatisierung ist also die Existenz einer Rechtsordnung für Privatunternehmen sowie marktwirtschaftliches Verhalten von Banken und öffentlichen Haushalten. Solange noch keine Konkursregeln und Steuergesetze verabschiedet sind und weiterhin "weiche Budgetrestriktionen" gegeben sind, ist nicht zu erwarten, daß die Volkswirtschaft Vietnams auf einen stabilen Wachstumspfad einschwenkt.

### **5.5 Raumwirtschaftliche Aspekte**

Die raumwirtschaftlichen Auswirkungen des Transformationsprozesses einer Zentralen Planwirtschaft sind bisher noch nicht gesondert untersucht worden. Deshalb sollen an dieser Stelle nur einige Aspekte geschildert werden, die im Falle Vietnams von besonderer Bedeutung sind.

Zunächst ist in Erinnerung zu rufen, daß das System der zentralen Wirtschaftsplanung in den einzelnen Regionen unterschiedlich ausgeprägt war. Aufgrund der historischen Entwicklung war der Süden überwiegend privatwirtschaftlich strukturiert, und der Reformflügel der KP Vietnams hat dies auch nach der Wiedervereinigung bewahren können. In der nördlichen Tiefebene wurde dagegen die zentrale Planung schon seit 20 Jahren streng umgesetzt, während in den Bergregionen aufgrund der regional begrenzten Wirtschaftskreisläufe vermutlich die lokalen Komitees stärkeren Einfluß ausüben konnten.

Der *Agrarsektor* konnte aufgrund der natürlichen Voraussetzungen im Süden relativ bald Überschüsse produzieren, die vor allem zu Erzielen von Devisenerlösen genutzt wurden. Auch im zentralen Hochland trugen die Anfang der achtziger Jahre angelegten Dauerkulturen (Kautschuk, Kaffee, Tee) zu den regionalen Exporterlösen bei, während diese Region bei Grundnahrungsmitteln vermutlich Selbstversorger ist. Allerdings wird berichtet, daß die Agrarreform von 1988 in diesen ertragsschwachen Regionen kaum umgesetzt wurde (Fforde, 1990), so daß hier noch Produktionsreserven vermutet werden

können. Demgegenüber wird der Norden aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte im Delta des Roten Fluß wohl auch weiterhin auf Nahrungsmittellieferungen der anderen Regionen angewiesen sein.

Aufgrund der historischen Entwicklung, und wegen der reichhaltigen Vorkommen an Energierohstoffen und Erzen im Norden war die *Industriestruktur* regional sehr verschieden. Grob gesagt lag der Schwerpunkt der Schwerindustrie im Norden und der der Konsumgüterindustrie im Süden. Außerdem hatte der Norden aufgrund der Kohlevorkommen, aber auch wegen einiger großen Wasserkraftwerke, eine bessere Energieversorgung. Die einzelnen Branchen hatten bei der außenwirtschaftlichen Öffnung unterschiedlich große Anpassungsschwierigkeiten. Nicht in allen Fällen läßt sich dies nach Regionen klar zuordnen. Jedoch scheint vor allem die Metallverarbeitung und der Maschinenbau, die im Norden stark vertreten sind, eher zu den Verlierern zu gehören, die Textilindustrie und Nahrungsmittelverarbeitung im Süden dagegen eher zu den Gewinnern. Aus diesem Grund hat die noch bevorstehende *Privatisierung* der Staatsunternehmen vor allem für den Norden eine große Bedeutung.

Der *Binnentransport* hat in Vietnam noch große Schwierigkeiten, insbesondere auf der langen Nord-Süd-Strecke. Aufgrund der bereits erfolgten außenwirtschaftlichen Öffnung ist es für die Grenzregionen kurzfristig sinnvoller, die Handelsbeziehungen mit den Nachbarstaaten (China, Thailand/Kambodscha) über den Landweg oder den Seeweg zu intensivieren. Aufgrund der langen Küstenlinie mit vielen Naturhäfen bietet Vietnam für letzteres geeignete Voraussetzungen. Insofern stellt sich die Frage, in welche Infrastrukturprojekte kurzfristig investiert werden sollte.

Aufgrund des regional unterschiedlichen *Exportpotentials* bestehen vor allem im Süden, aber auch entlang der Küste, große Wachstumschancen. Daraus ergibt sich zum einen die Bedeutung eines funktionierenden Finanzausgleichs zwischen Süden und Norden, aber auch zwischen Stadt und Land. Andererseits stellt sich die Frage, ob steuerliche Anreize in den ohnehin aussichtsreicheren Regionen etwa für Freihandelszonen, überhaupt Sinn machen, oder ob nicht generell eine gleichmäßige Steuerbelastung innerhalb Vietnams angestrebt werden sollte.

## 7. Systemtransformation in Vietnam: Der empirische Befund

Vietnam hat seit 1987 eine "Stabilisierung cum Liberalisierung"-Strategie befolgt. Die makroökonomische Stabilisierung 1989-91 kann als relativ gelungen betrachtet werden, wenngleich eine erhebliche Restinflation von zuletzt 70 vH pro Jahr (1990 und 1991) verblieben ist. Demgegenüber waren die Liberalisierungsbemühungen nur partieller Natur und haben bisher nicht zu einem nennenswerten Produktionswachstum beitragen können.

Das Nationaleinkommen hat jährlich nur um 3 vH zugenommen (1987-91), so daß das Pro-Kopf-Einkommen praktisch stagnierte. Im Vergleich zu China sind die erzielten Produktionszuwächse sehr bescheiden; gemessen an den drastischen Stabilisierungsrezessionen in Mittel- und Osteuropa kann diese Entwicklung jedoch auch als Erfolg interpretiert werden.

Trotz der geringen Produktionszuwächse hat das Reformprogramm zu deutlichen Produktivitätssteigerungen geführt, sowohl im Staatssektor als auch im Privatsektor. Dies wird anhand der Beschäftigungsentwicklung deutlich. In den Jahren 1989-91 sind über 800.000 Staatsangestellte entlassen worden, was etwa 20 vH der Beschäftigung im Staatssektor (1988) entspricht. Weiterhin produziert der Staatssektor jedoch 28-29 vH des Nationaleinkommens, obwohl der Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 14 vH (1988) auf 10 vH (1991) gesunken ist. Die Entlassungen haben also nur die verdeckte Arbeitslosigkeit sichtbar gemacht. Im nichtstaatlichen Industriesektor ist die Beschäftigung noch stärker zurückgegangen. Bei einem Produktionsrückgang von 5,2 vH (1988-90) nahm die Anzahl der Beschäftigten um ein Drittel ab.

Als Folge der Reform ist die Produktion des Agrarsektors 1988 und 1989 um 4 vH bzw. 7 vH gestiegen (Tabelle A3). Der überdurchschnittliche Zuwachs der Reisproduktion von 12 vH jährlich erklärt sich vor allem durch die deutliche Steigerung der Hektarerträge, die vermutlich auch auf einen höheren Einsatz von Kunstdünger und verbesserte Bewässerungssysteme zurückzuführen ist (Fforde, 1990). Seit 1989 exportiert Vietnam jährlich ca. 1,5 Mio.t Reis, nachdem es vorher Nettoimporteur von Getreide war. Deutliche Produktionssteigerungen waren auch bei typischen Exportprodukten, wie z.B. Kautschuk, Kokosnüssen und Kaffee zu verzeichnen. Die Stagnation der Agrarproduktion seit 1990 ist vor allem durch wetterbedingte Mißernten zu erklären. Außerdem verhindern vermutlich die geringen Ausrüstungsinvestitionen eine weitere Intensivierung des Anbaus (Beresford, 1992).

Die Entwicklung des Industriesektors in den Jahren 1988 und 1989 ist nicht eindeutig zu erklären. Zunächst wiesen 1988 alle Branchen und Eigentumsformen eine deutliche Steigerung der Bruttoproduktion um 10-15 vH auf (Tabelle A4), während der Beitrag des Industriesektors zum Nationaleinkommen nur um gut 3 vH zunahm. Dieses Paradox könnte zum einen durch eine starke Verteuerung importierter Inputs oder von Vorleistungen aus anderen Sektoren (z.B. Rohstoffe) erklärt werden. Andererseits könnte die Produktivität der Industriearbeiter stärker als ihre Realeinkommen gestiegen sein, was ein Indiz für den Erfolg der Deregulierung wäre. Als dritte Variante könnte letztlich die Zunahme unfreiwilliger Lagerinvestitionen als Erklärung dienen, was im Gegensatz zur zweiten Variante ein Indiz für die mangelnde Flexibilität der Industriebetriebe wäre, die ihre Produktpalette nicht rechtzeitig angepaßt haben.

Der relativ schwache Einbruch 1989, der das Produktionsvolumen und die Wertschöpfung lediglich auf den Wert für 1987 sinken ließ, ist angesichts des Schocks durch die Preisliberalisierung und die gestiegene Importkonkurrenz auf den ersten Blick nicht zu verstehen. Eine genauere Analyse der Branchenentwicklung (Tabelle 3) und der Außenhandelspolitik gibt allerdings eine einfache Erklärung. Alle Industriebranchen haben 1989 ihre Beschäftigung deutlich abgebaut (im Durchschnitt um 14 vH, Tabelle A4), was durch die neue Regelung ermöglicht worden war. Da jedoch der Produktionseinbruch wesentlich geringer ausfiel, ist offensichtlich lediglich die Unterbeschäftigung reduziert worden, wodurch die Produktion letztlich auch konkurrenzfähig werden konnte. Letzteres ist auch das Ergebnis des einsetzenden Strukturwandels: Manche Branchen (Textil- und Nahrungsmittelindustrie) haben ihre Produktion steigern können, andere (z.B. Maschinenbau, Metallverarbeitung) haben starke Einbußen erlitten. Darüber hinaus war die außenwirtschaftliche Öffnung 1989 nur partiell, so daß sich die Importkonkurrenz nicht vollständig auswirken konnte. Durch selektive Importzölle, z.B. auf Konsumgüter, und vereinzelte Importkontingente wurde die eigene Industrie also gezielt geschützt.

Die rigorose Wechselkurspolitik, verbunden mit einer relativ rudimentären Außenhandelsliberalisierung, haben zu einem raschen Anstieg des Handels mit Nicht-RGW-Ländern und einer Abnahme des Handels mit RGW-Ländern geführt. Dabei wurde das Defizit im RGW-Handel drastisch reduziert, während die Handelsbilanz mit Nicht-RGW-Ländern seit 1989 praktisch ausgeglichen war. Dies spiegelt den Abbau der Entwicklungshilfe, insbesondere aus der ehemaligen UdSSR, und den noch fehlenden Zugang zu Entwicklungshilfe und Kreditmärkten der westlichen Industrieländer wider. Trotz der noch verbliebenen erheblichen Staatseingriffe hat sich die Außenhandelsstruktur in eine Richtung verschoben, in der man die komparativen Kostenvorteile Vietnams vermuten würde.

## **7. Anforderungen an die zukünftige Reformpolitik**

Die im Vergleich mit osteuropäischen Planwirtschaften geringen Anpassungsprobleme sind zum Teil durch die günstigen Startbedingungen Vietnams zu erklären. Erstens war aufgrund der historischen Entwicklung der Anteil des Privatsektors in Handel und Industrie auch schon vor den Reformen groß. Daher konnte im Anpassungsprozeß auf das vorhandene unternehmerische Potential zurückgegriffen werden. Neue Gesetze und Regierungserlasse haben daher häufig nur bereits eingetretene Veränderungen legalisiert. Zweitens konnte Vietnam aufgrund seiner natürlichen Voraussetzungen (Rohstoffe, Fischerei, Reisanbau) kurzfristig ein hohes Exportpotential mobilisieren. Auf diese Weise wurde der Wegfall der finanziellen Hilfe aus RGW-Staaten abgefedert, und die Importe konnten aus eigener Kraft finanziert werden. Drittens bestand der

Staatssektor zu einem großen Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen, so daß die Umstellung auf die geänderten Rahmenbedingungen und die bevorstehende Privatisierung vereinfacht wird.

Auch die zeitliche Abfolge der einzelnen Reformschritte kann sicherlich zur Erklärung der bisherigen Erfolge beitragen. Die frühzeitige Freigabe der Preise und die außenwirtschaftliche Öffnung bei gleichzeitiger Stabilisierung waren wichtige Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit der Reformpolitik. Eine starke Anpassungsrezession konnte auf diese Weise vermieden werden, wenngleich der notwendige Strukturwandel der inländischen Produktion durch selektive Importbeschränkungen und weiche Budgetrestriktionen behindert wurde.

Für den erfolgreichen Abschluß der Systemtransformation muß auch weiterhin eine glaubwürdige Stabilisierungspolitik betrieben werden, insbesondere durch Verringerung des Budgetdefizits der öffentlichen Haushalte. Die vollständige Anwendung des bereits eingeführten Steuersystems läßt noch weitere Einnahmensteigerungen zu. Darüber hinaus muß dringend die Effizienz der Kredit- und Kapitalmärkte gesteigert werden, damit die knappen Investitionsmittel bestmöglich verwandt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die weitere Behandlung der Altschulden zahlungsunfähiger Staatsunternehmen zu klären, die die Privatisierung der Betriebe bremst und das Kreditpotential der Banken begrenzt.<sup>36</sup> Außerdem kann ein verbessertes Bankensystem sowie die Zulassung neuer ausländischer Banken bei der verstärkten Mobilisierung inländischer Ersparnisse helfen und die Kreditvergabe an bisher diskriminierte Sektoren verbessern.

Eine zentrale Voraussetzung für eine glaubwürdige Stabilisierungspolitik und die weitere Finanzmarktreform ist die Durchsetzung von harten Budgetrestriktionen für die Staatsunternehmen. Der Abbau von Subventionen und präferentiellen Krediten sollte so schnell wie möglich erfolgen und nicht bis zur letztendlichen Privatisierung dieser Betriebe aufgeschoben werden. Harte Budgetrestriktionen schaffen gleiche Ausgangsvoraussetzungen für Staatsbetriebe und Privatunternehmen und verstärken so den inländischen Wettbewerb auf Güter- und Faktormärkten. Dies gilt insbesondere dann, wenn das bestehende Konkursrecht auch auf Staatsunternehmen angewandt und die selektive Importprotektion sowie die Außenhandelsmonopole abgebaut werden.

Auch bei Beachtung der vorgeschlagenen Reformschritte wird der Transformationsprozeß in Vietnam nur langsam vorankommen, wenn das Land auf seine internen Ersparnisse angewiesen bleibt. Abhilfe können vor allem ausländische Direktinvestitionen schaffen, die durch ihre Vorreiterfunktion den Strukturwandel beschleunigen. Deswegen sollten die

---

<sup>36</sup> Vgl. Schmieding/Buch (1992) für Lösungsvorschläge am Beispiel Osteuropas.

beschleunigen. Deswegen sollten die Genehmigungsverfahren einfacher, überschaubarer und verlässlicher werden. Den großen Nachholbedarf im Infrastrukturbereich wird Vietnam aber wohl nur durch den Zugang zu Entwicklungshilfe und internationalen Kreditmärkten befriedigen können. Dieser Zugang wird Vietnam bislang durch das Veto der USA in IWF und Weltbank noch weitgehend verweigert.

## Statistischer Anhang

Tabelle A1	-	Nationaleinkommen
Tabelle A2	-	Beschäftigung nach Sektoren
Tabelle A3	-	Agrarsektor
Tabelle A4	-	Industriesektor
Tabelle A5	-	Handelsbilanz
Tabelle A6	-	Öffentliche Haushalte
Tabelle A7	-	Investitionen
Tabelle A8	-	Veränderung der Preisindizes
Tabelle A9	-	Devisenkurse
Tabelle A10	-	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems
Tabelle A11	-	Auslandsverschuldung
Tabelle A12	-	Empfangene Kredite und Übertragungen

### Zeichenerklärung:

- . : Angaben nicht verfügbar
- : Fragestellung nicht zutreffend

Tabelle A1 - Nationaleinkommen (Mrd. Dong)

Jahr	Nationaleinkommen				Jährliche Veränderungsraten (in vH)			
	Insgesamt (Mrd. Dong in Preisen von 1982)	Industrie <sup>a</sup> Bauwirtschaft (in vH)	davon: Landwirt- schaft (in vH)	Sonstige <sup>b</sup> (in vH)	Insgesamt	Industrie <sup>a</sup> Bauwirtschaft	Landwirt- schaft	Sonstige <sup>b</sup>
1976	118.2	30.0	50.2	19.8	.	.	.	.
1977	121.5	32.2	48.3	19.5	2.8	10.3	-1.1	1.2
1978	124.3	34.0	45.7	20.3	2.3	8.0	-3.3	6.6
1979	121.8	33.0	47.3	19.7	-2.0	-4.9	1.6	-5.2
1980	120.1	29.7	51.1	19.2	-1.4	-11.3	6.3	-3.9
1981	122.9	29.0	52.2	18.8	2.3	-0.2	4.5	0.2
1982	133.7	28.5	53.0	18.5	8.8	6.9	10.5	7.2
1983	143.4	28.5	53.6	17.9	7.2	7.4	8.5	3.8
1984	155.3	29.8	51.0	19.2	8.3	13.3	3.2	16.2
1985	164.1	31.3	50.8	17.9	5.7	10.8	5.2	-1.7
1986	174.8	30.6 <sup>c</sup>	48.4	21.0 <sup>c</sup>	6.5	4.1 <sup>c</sup>	1.5	25.0 <sup>c</sup>
1987	180.6	32.8	45.2	22.0	3.4	10.9	-3.5	8.2
1988	188.9	32.3	45.8	21.9	4.6	3.2	5.9	4.1
1989	194.0	30.9	47.4	21.7	2.7	-1.8	6.3	1.8
1990	198.5	31.1	46.8	22.1	2.3	3.0	1.1	3.8
1991	203.0	31.8	45.7	22.5	2.3	4.5	-0.1	4.3

<sup>a</sup> Enthält vor 1986 Holzeinschlag (ca. 5 vH des Nationaleinkommens). - <sup>b</sup> Enthält ab 1986 Holzeinschlag. - <sup>c</sup> Veränderung wegen geänderter Sektorenaufteilung nicht interpretierbar.

Quelle: General Statistical Office, Statistical Data of the Socialist Republic of Vietnam, 1976-1990, Tabelle 7; Tran Hoang Kim, Economy Of Vietnam, Reviews And Statistics, Hanoi 1992, Tab.18; eigene Berechnungen.

Tabelle A2 - Beschäftigung nach Sektoren (in 1000)

Jahr	Bevölkerung	Erwerbstätige	davon:			davon:		
			Staatssektor <sup>a</sup>	Kooperativen	Privatsektor	Industrie und Bauwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Dienstleistungen
1976	49160	19358	.	.	.	.	.	.
1977	50413	19936	.	.	.	.	.	.
1978	51421	20408	.	.	.	.	.	.
1979	52462	20420	.	.	.	.	.	.
1980	53722	21678	.	.	.	.	.	.
1981	54927	22527	.	.	.	.	.	.
1982	56170	23548	.	.	.	.	.	.
1983	57373	24362	3435	13637	7290	.	.	.
1984	58653	25114	3586	15846	5682	3482	18160	3472
1985	59872	26025	3744	18615	3666	3632	18980	3413
1986	61109	27399	4028	19730	3641	3800	19975	3624
1987	62452	27968	4091	20283	3594	3872	20419	3677
1988	63727	28922	4052	20658	4212	4005	20657	3815
1989	64774	28940	3801	19750	5389	4036	20894	4010
1990	66233	30286	3419	20606	6261	4210	21889	4187
1991	67678	31091	3232	.	.	4221	22609	4261

<sup>a</sup> Staat und staatliche Unternehmen.

Quelle: General Statistical Office, Statistical Data of the Socialist Republic of Vietnam, 1986-1991, Tab. 82, 83; General Statistical Office, Statistical Data of the Socialist Republic of Vietnam, 1976-1990, Tab. 103, 104; Weltbank (1991), Tab. 1.2,1.3; Socialist Republic Of Vietnam State Planning Committee, Report On The Economy of Vietnam, 1990, Tab.3.6; Tran Hoang Kim, Economy of Vietnam: Reviews and statistics, Tab. 1.

Tabelle A3 - Agrarsektor

Jahr	Produktion (Mrd. Dong in Preisen von 1982)	Erwerbstätige (Mio.)	Produktivität (1000 Dong pro Erwerbstätigen)	Reisproduktion		Produktion von Grundnah- rungsmitteln (kg/Kopf)	Produktion Zuckerrohr (Mio. t)	Produktion Erdnüsse (Mio. t)	Produktion Kokosnüsse (1000 t)	Produktion Kautschuk (1000 t)
				(Mio. t)	(100 kg/ha)					
1976	65.38	12.73	5.14	11.83	22.3	274	3.0	100	135	40
1977	61.72	13.21	4.67	10.60	19.4	250	2.8	91	175	43
1978	60.60	13.35	4.54	9.79	17.9	238	2.7	85	235	41
1979	65.85	13.51	4.87	11.36	20.7	267	3.5	81	326	43
1980	70.80	14.15	5.00	11.65	20.8	268	4.4	95	311	41
1981	73.90	14.50	5.10	12.42	22.0	273	4.0	106	349	44
1982	82.25	16.28	5.05	14.39	25.2	300	4.5	119	406	46
1983	85.00	16.82	5.05	14.74	26.3	296	5.7	126	518	47
1984	89.47	17.01	5.26	15.51	27.3	304	6.6	166	523	47
1985	91.67	17.60	5.21	15.87	27.8	304	5.6	202	612	48
1986	96.04	18.03	5.33	16.00	28.1	301	5.0	211	711	50
1987	96.38	18.49	5.21	15.10	27.0	281	5.5	232	791	52
1988	100.55	19.05	5.28	17.00	29.7	307	5.7	214	857	50
1989	108.03	19.35	5.58	19.00	32.3	332	5.3	206	922	51
1990	109.71	19.85	5.53	19.23	31.9	324	5.4	213	894	58
1991	109.40	20.24	5.41	19.43	30.9	321	5.9	212	1039	74

Quelle: Tran Hoang Kim, Economy Of Vietnam, Reviews And Statistics, 1992, Tab.36; 42 ; General Statistical Office, Statistical Data of the Socialist Republic of Vietnam, 1986-1991, Hanoi 1992. Tab.33, 34, 37, 39 ; Vo Nhan Tri, Vietnam's Economic Policy since 1975, Singapore 1990, Tab.2.2, 3.2 ; FAO, Trade Yearbook (versch. Jgg.).

Tabelle A4 - Industriesektor

Jahr	Bruttoproduktion (Mrd. Dong in Preisen von 1982)				Beschäftigte (in 1000)		Produktivität (1000 Dong pro Beschäftigter)
	Insgesamt	darunter:		darunter: Staatliche Unternehmen	Insgesamt	darunter: Staatliche Unternehmen	
		Schwerindustrie	Konsumgüter- industrie				
1976	65.34	19.61	45.73	44.80	2033.4	519.2	32.14
1977	72.40	23.05	49.35	50.08	2151.2	553.0	33.66
1978	78.30	26.50	51.80	53.00	2092.4	614.8	37.42
1979	74.59	27.50	46.10	47.51	2134.8	652.4	34.94
1980	66.93	25.30	41.63	40.29	2250.3	645.7	29.74
1981	67.59	24.33	43.26	39.88	2232.7	630.7	30.27
1982	73.46	25.28	48.19	41.46	2273.2	641.1	32.32
1983	83.03	28.30	54.73	46.25	2365.1	682.4	35.11
1984	93.95	30.94	63.02	52.84	2460.2	725.5	38.19
1985	103.26	32.38	70.88	58.14	2571.8	738.0	40.15
1986	109.63	33.66	75.97	61.73	2587.0	776.5	42.38
1987	120.55	37.27	83.29	67.44	2844.7	828.4	42.38
1988	137.82	41.27	96.55	77.87	2945.0	843.9	46.80
1989	133.31	40.56	92.75	75.96	2531.4	782.0	52.66
1990	137.51	47.97	89.53	80.57	2251.0	743.9	61.09
1991	144.82			89.19	2115.0	714.3	68.47

Quelle: Tran Hoang Kim, Economy Of Vietnam, Reviews And Statistics, 1992, Tab.47, 51 ; General Statistical Office, Statistical Data of the Socialist Republic of Vietnam, 1986-1991, Hanoi 1992; Vo Nhan Tri, Vietnam's Economic Policy since 1975, Singapore 1990, Tab. 2.4.

Tabelle A5 - Handelsbilanz

Jahr	Exporte		Importe		Saldo	
	davon in		davon aus		davon mit	
	RGW-Länder (Mio. TRbl.)	sonst. Länder (Mio. US-\$)	RGW-Ländern (Mio. TRbl.)	sonst. Ländern (Mio. US-\$)	RGW-Ländern (Mio. TRbl.)	sonst. Ländern (Mio. US-\$)
1976	133	90	578	447	-45	-357
1977	221	101	539	679	-318	-578
1978	247	80	498	806	-251	-726
1979	235	86	800	727	-565	-641
1980	226	113	755	559	-529	-446
1981	236	166	948	434	-712	-268
1982	337	190	1088	384	-751	-194
1983	381	235	1141	386	-760	-151
1984	408	242	1233	512	-825	-270
1985	426	273	1406	451	-980	-178
1986	439	350	1656	599	-1217	-150
1987	488	366	1949	506	-1451	-140
1988	591	448	2020	737	-1429	-289
1989	808	1139	1726	840	-918	299
1990	1112	1293	1148	1604	-36	-311
1991	80	1890	290	1950	-210	-60

Quelle: Tran Hoang Kim, Economy of Vietnam, Reviews and Statistics, 1992.

Tabelle A6 - Öffentliche Haushalte (Mrd. Dong)<sup>a</sup>

Jahr	Einnahmen		Ausgaben <sup>b</sup>		Budgetdefizit		
	Insgesamt	darunter: Staatliche Unternehmen	Insgesamt	darunter: Subventionen	Insgesamt  (Mrd. Dong)	davon: finanziert durch Zentralbankkredite	
						(Mrd. Dong)	(in vH des National- einkommens <sup>a</sup> )
1976	5.1	4.0	9.4	.	4.3	0.2	1.6
1977	5.9	4.8	9.2	.	3.3	0.1	0.8
1978	6.7	5.4	10.1	.	3.4	0.3	1.4
1979	6.5	5.2	11.5	.	5.0	0.5	2.4
1980	7.3	5.0	12.0	.	4.7	0.1	0.5
1981	17.7	13.7	26.9	.	9.3	4.1	6.8
1982	40.3	30.0	61.2	.	20.9	4.6	3.4
1983	58.8	41.8	78.0	.	19.2	3.0	1.7
1984	96.1	68.1	115.4	34.0	19.3	4.0	1.4
1985	18.9	14.7	34.6	6.1	15.7	9.3	12.3
1986	83.6	60.4	120.8	18.2	37.2	22.9	5.8
1987	379.3	284.8	514.9	150.9	135.6	89.2	4.7
1988	1740.0	1110.0	2840.0	812.0	1100.0	450.0	4.6
1989	3899.0	1832.0	6105.0	.	2206.0	1963.0	11.3
1990 <sup>c</sup>	5320.0	1790.0	7540.0	.	2220.0	1600.0	5.8
1991 <sup>c</sup>	8750.0	.	10200.0	.	1450.0	980.0	2.2

<sup>a</sup> In jeweiligen Preisen; ab 1985 neue Währung (10 alte Dong = 1 neuer Dong). - <sup>b</sup> Bis 1988 einschließlich Tilgung von Auslandskrediten. - <sup>c</sup> Vorläufige Angaben.

Quelle: Weltbank (1991), Tab. 5.1; Tran Hoang Kim, Economy Of Vietnam, Review and Statistics, Hanoi, 1992, Tab.21, 22. BfAI, Vietnam zur Jahresmitte 1992, Tab. 1.

Tabelle A7 - Investitionen<sup>a</sup>

Jahr	Akkumulations-Fonds		Nachrichtlich: Ausländische Ersparnis <sup>b</sup>	Staatliche Investitionsausgaben				
	(Mrd. Dong, in jeweiligen Preisen)	(in vH des produzierten National- einkommens) <sup>c</sup>		Insgesamt			darunter:	
			(in vH des produzierten National- einkommens) <sup>c</sup>	(Mrd. Dong, in jeweiligen Preisen)	(Mrd. Dong, in Preisen von 1982)	(in vH des produzierten National- einkommens) <sup>d</sup>	Industriesektor (in vH der Ausgaben)	Agrarsektor (in vH der Ausgaben)
1976	3.1	20.2	27.4	2.98	12.81	10.8	31.9	20.0
1977	3.4	20.9	26.4	3.72	16.00	13.2	31.3	23.7
1978	3.2	16.1	21.1	4.06	17.49	14.1	33.6	22.7
1979	3.1	14.1	23.1	3.96	17.05	14.0	39.1	20.1
1980	3.1	11.9	20.8	3.71	15.96	13.3	40.7	19.0
1981	5.3	8.7	12.0	14.35	14.35	11.7	46.3	18.4
1982	11.1	8.3	13.1	14.41	14.40	10.8	47.4	18.7
1983	15.8	8.7	8.6	20.39	18.54	12.9	40.4	16.0
1984	29.3	10.3	13.5	28.34	23.23	15.0	33.8	19.0
1985	10.1	13.4	11.4	37.26	24.83	15.1	31.2	18.6
1986	34.9	8.8	9.2	30.84	20.56	11.8	35.7	19.7
1987	159.1	8.4	7.1	118.22	16.02	8.9	43.6	18.2
1988	1118.0	11.5	14.5	668.45	16.80	8.9	45.4	19.2
1989	1446.0	8.3	10.3	1919.77	17.53	9.0	49.4	12.4
1990	3204.3	11.6	11.7	2703.70	19.60	9.9	37.8	15.1
1991	4999.7	11.0	9.8					

<sup>a</sup> Bis 1984 in alten Dong, ab 1985 in neuen Dong. - <sup>b</sup> Kredite und Übertragungen aus dem Ausland. - <sup>c</sup> Basisdaten in jeweiligen Preisen. - <sup>d</sup> Basisdaten in Preisen von 1987.

Quelle: Tran Hoang Kim, Economy Of Vietnam, Reviews And Statistics, 1992, Tab.62, 63, 64, 24, 19; General Statistical Office, Statistical Data of the Socialist Republic of Vietnam, 1986-1991, Hanoi 1992, Tab.8, 54; General Statistical Office, Statistical Yearbook 1989, Hanoi 1991, Tab. 16 Vo Nhan Tri, Vietnam's Economic Policy since 1975, Singapore 1990, Tab. 2.1.

Tabelle A8 - Veränderung der Preisindizes<sup>a</sup>

Jahr	Einzelhandelspreisindex		Nahrungsmittel		Sonstige Konsumgüter		Landwirtschaftliche Produktionsmittel <sup>b</sup>		Deflator <sup>c</sup> des National-einkommens
	Staatliche Preise	Freie Marktpreise	Staatliche Preise	Freie Marktpreise	Staatliche Preise	Freie Marktpreise	Staatliche Preise	Freie Marktpreise	
1977	1.1	38.0	0.5	43.0	1.9	23.8	0.0	24.4	6.0
1978	4.3	39.0	8.8	33.5	0.0	23.0	0.0	45.5	16.8
1979	3.3	40.0	6.9	38.1	0.6	65.0	0.0	48.5	13.6
1980	9.8	43.8	16.7	42.5	7.1	46.5	1.4	41.1	20.8
1981	102.0	47.4	60.0	47.8	136.0	54.0	22.0	31.1	129.0
1982	141.8	65.0	117.9	64.2	145.9	63.9	150.0	66.0	103.6
1983	42.8	57.5	50.1	59.5	30.9	50.8	1.5	63.9	25.4
1984	55.8	76.3	55.1	54.5	57.2	117.4	53.2	26.9	45.2
1985	110.9	54.7	110.8	60.2	110.3	46.8	120.9	79.5	151.9
1986	457.4	582.3	548.4	568.9	395.5	536.1	592.0	791.7	390.4
1987	289.9	337.5	311.2	322.5	274.9	352.9	270.2	342.1	365.5
1988	313.2	294.8	378.5	341.0	287.6	217.1	287.6	315.0	390.9
1989	-	95.8	-	29.2 <sup>d</sup>	-	18.8 <sup>d</sup>	-	.	73.9
1990	-	36.4	-	78.3 <sup>d</sup>	-	55.8 <sup>d</sup>	-	.	54.4
1991	-	78.9	-	72.9 <sup>d</sup>	-	70.6 <sup>d</sup>	-	.	61.9

<sup>a</sup> In vH gegenüber Vorjahresdurchschnitt. Ab 1989 keine Unterscheidung mehr zwischen Staatlichen und Freien Marktpreisen. - <sup>b</sup> Ab 1989 in "sonstigen Konsumgüter" enthalten. - <sup>c</sup> Berechnet aus Tran Hoang Kim (1992), Tab. 16, 18. - <sup>d</sup> Veränderung des Preisindex für Dezember im Vergleich zum Vorjahreswert; die entsprechenden Werte für den Einzelhandelspreisindex lauten: 34,7 vH (1989), 67,5 vH (1990), 67,6 vH (1991).

Quelle: UNIDO (1991), Tab. A-1; Tran Hoang Kim, Economy Of Vietnam, Reviews And Statistics, 1992, Tab.81; ADB, Asian Development Outlook 1992.

Tabelle A9 - Devisenkurse (Dong per US-\$)

Jahr	Offizieller Kurs für Außenhandel				Schwarzmarktkurs			
	März	Juni	September	Dezember	März	Juni	September	Dezember
1978 <sup>a</sup>	-	2	2	2	-	.	.	.
1979	2	2	2	2	.	11	11	11
1980	2	2	2	2	11	13	16	18
1981	2	2	9	9	17	32	44	44
1982	9	9	9	9	42	65	87	85
1983	9	9	10	10	100	150	145	180
1984	10	10	10	12	174	175	200	350
1985 <sup>b</sup>	12	12	15 <sup>c</sup>	15	395	720	650	475
1986	15	15	15	80	490	645	750	1000
1987	80	80	80	368	1290	1400	1400	1750
1988	368	368	900	3000	3000	3500	4510	5100
1989	4500	3900	3900	4300	6000	5000	.	.
1990	4300	5000	6330	6840	.	.	.	.
1991	7475	8855	11015	11900	8100	9000	11150	13000 <sup>d</sup>
1992	11400	11140	10890	.	11700	11250	.	.

<sup>a</sup> Neue Währung ab Mai 1978; vorher duales Währungssystem (Nord/Süd). - <sup>b</sup> Währungsreform in September 1985 (10 alte Dong = 1 neuer Dong). - <sup>c</sup> Sonderkurs für HoChiMinh-City (18 Dong); bis Oktober 1987 multiple Wechselkurse. - <sup>d</sup> Durchschnitt aus erster Dezemberwoche (14000-14500) und erster Januarwoche (11700-12200).

Quelle: IMF, Annual Report on Exchange Arrangements and Exchange Restrictions, versch. Jgg. World Currency Yearbook (published by International Currency Analysis Inc.) 1984 edition and 1988-1989 edition; State Price Commission of SR Vietnam, Market & Price, versch. Jgg.; Deutsche Bundesbank, Währungen der Welt (Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 5), versch. Jgg.

Tabelle A10 - Konsolidierte Bilanz des Bankensystems (in Mrd. Dong)

Jahr	Kredite			Liquidität (M2) <sup>a</sup>		
	Insgesamt	öffentliche Haushalte	Staatliche Unternehmen	Insgesamt	darunter: Deviseneinlagen	(in vH des Nationaleinkommens)
1983	8	0	.	4	.	22
1984	10	0	.	5	.	18
1985	34	1	.	20	.	26
1986	153	19	117	111	1	28
1987	532	80	376	471	29	25
1988	2633	669	1709	2569	242	26
1989	6717	2600	3606	6937	2080	40
1990 <sup>b</sup>	9932	4032	5284	11065	3570	40
1991 <sup>c</sup>	14810	5060	8900	17011	5650	37

<sup>a</sup> Incl. Deviseneinlagen. - <sup>b</sup> Vorläufige Angaben. - <sup>c</sup> Geschätzt.

Quelle: Weltbank (1991), Tab. 4.1; UNIDO(1991), Tab. A-8.

Tabelle A11 - Auslandsverschuldung

Jahr	Nichtkonvertible Währungen (Mio. Transfer-rubel)	Konvertible Währungen (Mio. US-\$)				Insgesamt
		Internationale Organisationen <sup>a,b</sup>	Sonstige öffentliche Kreditgeber <sup>c</sup>	Private Kreditgeber		
				langfristig	kurzfristig	
1983	.	136	1088	343	59	1661
1984	4100	180	992	349	93	1615
1985	6000	198	1116	452	148	1914
1986	7200	237	1227	543	259	2266
1987	8200	307	1467	609	513	2896
1988	9800	287	1499	835	615	3236
1989	10300	291	1579	922	624	3416
1990	10500	300	1713	1046	697	3755

<sup>a</sup> Inklusiv IMF-Kredite. - <sup>b</sup> 1990 eigene Schätzung. - <sup>c</sup> Ab 1988 auch Kredite von RGW-Ländern in konvertiblen Währungen. -

Quelle: Weltbank (1991), Tab. 3.6; Socialist Republic Of Vietnam, State Planning Committee, Report On The Economy of Vietnam, 1990, Tab. 4.8 .

Tabelle A12 - Empfangene Kredite und Übertragungen<sup>a</sup> (Mio. US-\$)

Jahr	Nettokapitalimporte aus OECD-Ländern						Kredite (Brutto) und Übertragungen aus RGW-Ländern
	Öffentliche Entwicklungshilfe				Privatsektor <sup>c</sup> (Netto)	Insgesamt	
	Kredite (netto) <sup>b</sup>		Übertragungen				
	Insgesamt	darunter: Multilateral	Insgesamt	darunter: Multilateral			
1976	14.5	-0.1	171.1	18.7	-0.7	186.2	642
1977	11.7	0.0	236.0	47.7	57.1	305.3	642
1978	79.8	36.6	289.8	124.6	89.0	458.6	642
1979	88.6	22.0	247.8	84.4	90.2	446.3	892
1980	39.7	14.1	188.9	56.1	-25.4	201.8	950
1981	86.9	58.2	155.5	54.8	60.6	302.6	1050
1982	18.4	6.1	117.1	24.5	2.3	137.8	1002
1983	7.6	4.9	98.3	27.5	-29.6	76.7	1080
1984	8.6	6.5	101.4	22.8	-5.5	104.8	1094
1985	25.8	8.4	88.2	36.0	-21.8	93.3	1236
1986	10.9	5.9	135.6	46.6	-24.2	122.8	1647
1987	-4.3	-0.5	115.3	50.4	-28.8	83.7	1955
1988	-3.1	-1.0	150.8	65.5	12.7	160.9	1802
1989	6.5	-1.0	122.5	58.1	7.3	147.4	1620
1990	-0.1	-1.0	190.4	83.6	-2.7	187.6	

<sup>a</sup> Nur OECD und RGW. - <sup>b</sup> Ohne IWF-Kredite. - <sup>c</sup> Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen, Exportkredite.

Quelle: OECD, Geographical Distribution Of Financial Flows, versch. Jgg.

## Literaturverzeichnis

- Article "Refugees", in: Asia Yearbook 1991 (S. 22-23).
- Asia Yearbook, published by the Far Eastern Economic Review. Hongkong, versch. Jgg.
- Asian Development Bank (ADB), Asian Development Outlook. Manila, versch. Jgg.
- Bach, V.S. Quintin, A note on Soviet statistics on their economic aid. In: Soviet Studies, Vol. 37 (1985), No. 2 (S. 269-275).
- Balassa, Bela, China's economic reform in a comparative perspective. In: Journal of comparative economics, Vol. 11(1987), No. 3 (S.410-426).
- Beresford, Melanie, Industrial reform in Vietnam. In: Ian Jeffries (ed.), Industrial reform in socialist countries: From restructuring to revolution. Edward Elgar, Aldershot 1992 (S. 237-256, Postscript S. 283-4).
- , Vietnam: Socialist agriculture in transition. In: Journal of Contemporary Asia, Vol. 20 (1990), No. 4 (S. 466-486).
- , National unification and economic development in Vietnam. Macmillan, London 1989.
- Blejer, Mario, David Burton, Steven Dunaway, Gyorgy Szapary, China: Economic reform and macroeconomic management (IMF occasional paper No. 76) Washington D.C. 1991.
- Brabant, Josef M. van, Reforming a socialist developing country - The case of Vietnam. In: Economics of Planning, Vol. 23 (1990) (S. 209-229).
- , Socialist and world market prices: An ingrowth? In: Journal of Comparative Economics 11 (1987), 1 (S. 21-39).
- Brezinski, Horst, Economic reforms in Asia and Europe with the less developed centrally planned economies. In: Josef M. van Brabant (ed.), Economic reforms in centrally planned economies and their impact on the global economy (Journal of Development Planning, No. 20). New York 1990 (S. 243-265).
- Cochrane, John H., Barry W. Ickes, Inflation stabilization in reforming socialist economies: the myth of the monetary overhang. In: Comparative economic studies, Vol. 33(1991), No. 2 (S. 97-122).
- Dang Duc Dam et al., Some aspects of the economic reform in Vietnam (Study commissioned by ADB). CIEM, Hanoi 1991.
- Dinh Thi Chinh, Some issues on privatisation for promoting export of Vietnam (Economic Planning Agency Working Paper, No. 13). Tokio 1992.

- Fforde, Adam, Economic aspects of the Soviet-Vietnamese relationship: their role and importance (Birkbeck College discussion paper No. 156). University of London, 1984.
- , Major policy changes and socio-economic development in Vietnam since mid-1988. In: Ronnas/Sjöberg(1990), S.7-29.
- Fforde, Adam, Stefan de Vylder, Vietnam - An economy in transition. SIDA, Stockholm 1988.
- Fforde, Adam, Suzanne H. Paine, The limits of national liberation: Problems of economic management in the Democratic Republic of Vietnam. Croom Helm, London 1987.
- Fritsche, Klaus, Sowjetische Schocktherapie für Vietnam: Drastische Reduzierung der finanziellen Hilfe (Aktuelle Analysen des BI Ost, Nr. 30/1991). BI Ost, Köln 1991.
- , Entwicklungshilfe der Sowjetunion: Der westliche Forschungsstand (Berichte des BI Ost, Nr. 13-1987). Köln 1987.
- Funke, Norbert, Timing and sequencing of reforms: Competing views (Kieler Arbeitspapiere, No. 552), Kiel 1993.
- General Statistical Office, Vietnam's industrial statistics (1986-1991). Statistical Publishing House, Hanoi 1992.
- , Statistical data of the Socialist Republic of Vietnam 1986-1991. Statistical Publishing House, Hanoi 1992.
- , Economy and finance of Vietnam 1986-90. Statistical Publishing House, Hanoi 1991.
- , Statistical data of the Socialist Republic of Vietnam 1976-1990. Statistical Publishing House, Hanoi 1991.
- , Statistical yearbook 1989. Statistical Publishing House, Hanoi 1991.
- Glaubitz, Joachim, Dieter Heizing (Hg.), Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren. Ziele und Grenzen sowjetischer Politik zwischen Indischem Ozean und Pazifik (Ausgewählte Beiträge zum Symposium der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde, Köln, 1986). Nomos, Baden-Baden 1988.
- Hoggard, Stuart, Sounding the Petro Dong. In: Vietnam Today, Vol. 2 (1992), No. 1 (S. 16-22).
- IMF, Annual report on exchange arrangements and exchange restrictions. Washington, versch. Jgg.
- IMF/IBRD/OECD/EBRD, A study of the Soviet economy (3 Volumes). Paris 1991.
- Jordan, Sigrid, Berufliche Bildung als Bestandteil der Bildungssysteme in den sozialistischen Ländern Ost- und Südostasiens (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr. 208). Hamburg 1992.

- Kanet, Roger E. (ed.), *The Soviet Union, Eastern Europe and the Third World (Selected Papers from the Third World Congress for Soviet and East European Studies, Washington, 1985)*. Cambridge UP, Cambridge 1987.
- Kim Ninh, *Vietnam: Renovation in Transition?* In: Kernial S. Sandhu (ed.), *Southeast Asian Affairs 1990*. ISEAS, Singapore 1990 (S. 383-395).
- Kimura, Tetsusaburo, *The Vietnamese economy 1975-86: Reforms and international relations (IDE Occasional Papers, 23)*. IDE, Tokyo 1989.
- , *Economic reform in Vietnam: coming to the crucial point (S. 248-269)*. In: T. Iwasaki, T. Mori, H. Yamaguchi (ed.), *Development strategies for the 21st century (Papers and proceedings of the IDE anniversary symposium, 1990)*. Tokyo 1992.
- Kolodko, Grzegorz et al., *Hyperinflation and stabilization in Postsocialist Economies (International studies in economic and econometrics, 26)*. Kluwer, Dordrecht 1992.
- Kornai, János, *The soft budget constraint*. In: *Kyklos*, Vol. 39 (1986), No. 1 (S. 3-30).
- Le Trang, *Renewal of industrial management policy and organisation*. In: *Ronnas/Sjöberg(1990)*, S.153-180.
- Leipziger, Danny M., *Awakening the market; Vietnam's economic transition (World Bank Discussion Paper, 157)*. Washington 1992.
- Michler, Albrecht, H. Jörg Thieme, *Währungsreformen: Zur institutionellen Absicherung monetärer Prozesse*. In: K.-H. Hartwig, H. J. Thieme(Hrsg.), *Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen*. Berlin u.a. 1991 (S.305-330).
- Ministry of Trade and Tourism, *Export and import tariff for commercial goods*. Vietnam Trade Information Centre, Hanoi 1992.
- Mio, Tadashi, *Vietnamese economic reforms: from catastrophe to recovery*. In: Tran Van Tho (ed.), *The economic development of Vietnam in an Asian Pacific perspective*. Japan Center for Economic Research, Tokyo 1990 (S. 47-49).
- Nguyen Hun Dong, *China, Viet Nam: Chronicle of announced reforms*. In: Josef M. van Brabant (ed.), *Economic reforms in centrally planned economies and their impact on the global economy (Journal of Development Planning, No. 20)*. New York 1990 (S. 125-138).
- Nguyen Thanh Hung, *Politische und wirtschaftliche Veränderungen in Vietnam seit dem 6. ZK-Plenum der KPVN (Sept. 1979) (Berichte des BI Ost, Nr. 4 - 1981)* Köln 1981.
- Nguyen Van Bich, *Renewal of the organisation of and policies for agriculture, forestry and fishing*. In: *Ronnas/Sjöberg(1990)*, S. 118-138.
- Nunnenkamp, Peter, Holger Schmieding, *Zur Konsistenz und Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsreformen. Einige Erfahrungen und Lehren für die Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa (Kieler Diskussionsbeiträge, No. 166)*. Kiel 1991.

OECD, Development Co-Operation. Report by the Chairman of the DAC. Paris, versch. Jgg.

--, Financing and external debt of Developing Countries: Survey. Paris, versch. Jgg..

--, Geographical distribution of financial flows: Disbursements, commitments, economic indicators. Paris, versch. Jgg.

--, External debt statistics: The debt and other external liabilities of Developing, Central and Eastern European and certain other countries and territories at end-December 1989 and 1990. Paris 1991.

Orr, Ann, Evolution of external trade and payments of China, Mongolia and Viet Nam. In: Josef M. van Brabant (ed.), Economic reforms in centrally planned economies and their impact on the global economy (Journal of Development Planning No. 20). New York 1990 (S. 81-105).

Radke, Detlef, Finanzsektorstudie Vietnam: Empfehlungen zum Aufbau eines zwei-stufigen Finanzsystems. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1992.

Ronnås, Per, Örjan Sjöberg (ed.), Dô'i Mói: Economic reforms and development policies in Vietnam (Papers and Proceedings from an International Symposium in Hanoi, December 1989). SIDA, Stockholm 1990.

Petrov, O., USSR-Vietnam: Fraternal cooperation. In: Far Eastern Affairs (1986), No. 2 (S. 128-135).

Schmieding, Holger, Claudia Buch, Better banks for Eastern Europe (Kieler Diskussionsbeiträge, No. 197) Kiel 1992.

Spoor, Max, Reforming state finance in post-1975 Vietnam. In: Journal of Development Studies, Vol. 24 (1988), No. 4 (S. 102-114).

SR Vietnam, Banking decree-laws (Decree-law on the State Bank of Vietnam, Decree-law on banks, credit cooperatives and finance companies). Foreign language publishing house, Hanoi 1991.

SR Vietnam, 1992 constitution of the Socialist Republic of Vietnam. Foreign language publishing house, Hanoi 1992.

State Committee for Cooperation and Investment (SCCI), Legal writings on foreign investment in Vietnam. Hanoi 1991.

State Planning Committee of the SR Vietnam (SPC)/UNDP, Report on the economy of Vietnam. Hanoi 1990.

Tan Teng Lang, Economic debates in Vietnam: Issues and problems in reconstruction and development (1975-84) (ISEAS research note No. 55) Singapore 1985.

Tran Hoang Kim, Economy of Vietnam: Reviews and statistics. Statistical Publishing House, Hanoi 1992.

- UNIDO, Viet Nam: Industrial policy reform and international co-operation (Industrial Development Review Series, PPD. 184). UNIDO, Vienna 1991.
- UN Statistical Office, Basic principles of the system of balances of the national economy (studies in Methods, Series F, No. 17). UN, New York 1971.
- US Bureau of Mines, Minerals yearbook 1987, Vol. III (Area reports international). US Department of the Interior, Washington 1989.
- UN Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (ESCAP), Atlas of mineral resources of the ESCAP region; Vol. 6: Viet Nam. UN, New York 1990.
- UN, Energy Statistics Yearbook 1988. New York 1990.
- Vo Nhan Tri, Vietnam's economic policy since 1975: A critical analysis. ISEAS, Singapore 1990.
- Wedel, Yuangrat, Current Vietnamese economy. Institute of Asian Studies, Bangkok 1989.
- Weggel, Oskar, Gesamtbericht Vietnam, Kambodscha, Laos. In: Südostasien aktuell (hrsg. vom Asien-Institut Hamburg), versch. Jgg.
- White, Christine, Agricultural planning, pricing policy and co-operatives in Vietnam. In: World Development Vol. 13 (1985), No. 1 (S. 97-114).
- Wiegiersma, Nancy, Vietnam: Peasant land, peasant revolution. Patriarchy and collectivity in the rural economy. London 1988.
- Wiesegart, Knut, Die Energieversorgung Vietnams: Bottle-neck der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Vol. 42 (1992), Heft 10 (S. 698-702).
- Will, Gerhard, Vietnam nach dem 6. Parteitag der KPV: Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück (Berichte des BI Ost, Nr. 20-1988). BI Ost, Köln 1988.
- , Vietnam 1975-1979: Von Krieg zu Krieg (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, 156). Hamburg 1987.
- Wood, Adrian, Deceleration of inflation with acceleration of price reform: Vietnam's remarkable recent experience. In: Cambridge Journal of Economics, Vol. 13 (1989), 4, S. 563-571.
- World Bank, Social indicators of development. Washington D.C. 1990.
- , Viet Nam: Restructuring public finance and public enterprises (Country Report). Washington D.C. 1991.
- World Currency Yearbook (published by International Currency Analysis Inc.). Brooklyn, versch. Jgg.